



Die NATO lenken

Grüne und progressive Wege
der Einflussnahme

STUDY & DEBATE

 GREEN EUROPEAN FOUNDATION

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Danksagung

Dieser Bericht wurde von der Green European Foundation mit Unterstützung des schwedischen Think Tanks Cogito erarbeitet. Er ist Teil des Projekts Peace and Security Debate Series. Ziel dieser Reihe ist es, grün denkenden Akteuren in ganz Europa Räume und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen und zukunftsweisende Ideen zum Thema Frieden und Sicherheit zu fördern.

Besonderer Dank gilt allen, die an den Interviews teilgenommen haben und diesen Text kommentiert haben.

Autorin: Sarah Bitamazire

Projektkoordination GEF: Laurent Standaert and Sien Hasker

Projektkoordination Cogito: Henrik Jalalian

Englisches Lektorat und Korrektorat: Charlotte Killeen

Übersetzung: Guerrilla Media Collective

Design und Layout: Klär.graphics

Februar 2024



Der Text und das Bildmaterial dieser Veröffentlichung sind unter Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0) lizenziert. Die Lizenzvereinbarung ist einsehbar unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist verfügbar unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>.

Die NATO lenken

Grüne und progressive Wege
der Einflussnahme

Herausgegeben von der Green European Foundation mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments für die Green European Foundation. Die in dieser Veröffentlichung geäußerten Ansichten sind ausschließlich die der Autor:innen und Mitwirkenden und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des Europäischen Parlaments oder der Green European Foundation wider.

Der Bericht kann unter www.gef.eu/ heruntergeladen werden.



Green European Foundation

Rue du Kiem 96, 8030 Strassen Luxemburg

Büro Brüssel: Mundo Madou, Avenue des Arts 7-8, 1210 Brüssel, Belgien

Telefon: +32 2 329 00 50

info@gef.eu · www.gef.eu

Die **Green European Foundation (GEF)** ist eine europäische politische Stiftung mit dem Ziel, zu einer lebendigen europäischen Debattenkultur beizutragen und eine stärkere Beteiligung der Bürger:innen an der europäischen Politik zu fördern. Die GEF ist bestrebt, Diskussionen über Europapolitik sowohl innerhalb der grünen politischen Familie als auch darüber hinaus zu etablieren. Die Stiftung versteht sich als Labor für neue Ideen, macht grenzüberschreitende politische Bildung und fungiert als Plattform für Zusammenarbeit und Austausch auf europäischer Ebene.



Cogito

info@cogito.nu

www.cogito.nu

Cogito setzt sich für eine Erweiterung und Vertiefung gesellschaftlicher Debatten aus einer grünen Perspektiven ein. Unser Ziel ist es, konstruktive Ideen und konkrete Beispiele hervorzuheben, die zeigen, dass eine nachhaltige Gesellschaft möglich ist.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Sien Hasker & Laurent Standaert

7

ZUSAMMENFASSUNG

Kartierung der Bewegung

Sarah Bitamazire

9

BERICHT

Wie können Grüne und Progressive Einfluss auf die NATO nehmen?

13

1 Einleitung

13

1.1 Methodik

1.2 Traditionalistische und pragmatische Sichtweisen in der grünen Sicherheitspolitik

1.3 Staatszentriertes vs. menschliches Sicherheitskonzept

1.4 Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO)

2 Die Positionen der Grünen zur NATO im Überblick

17

2.1 Vihreät, Finnland

2.2 Píratar, Island

2.3 Miljöpartiet de gröna, Schweden

2.4 Miljøpartiet De Grønne, Norwegen

2.5 Bündnis 90/Die Grünen, Deutschland

2.6 Socialistisk folkeparti, Dänemark

2.7 Déi Gréng, Luxemburg

2.8 Europe Écologie Les Verts, Frankreich

2.9 Ecolo und Groen, Belgien

2.10 GroenLinks, Niederlande

3 Europa, die NATO und sicherheitspolitische Perspektiven

26

3.1 Eine Europäische Sicherheitsagenda

3.2 Die Rolle der NATO in der Ausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

4 Grüne nationale Verteidigungspolitik und Einflussnahme auf die NATO	28
4.1 Grüner Verteidigungshaushalt	
4.2 Dekarbonisierung des Verteidigungssektors	
4.3 EU-Verteidigungszusammenarbeit und militärisches Beschaffungswesen	
5 Die NATO und nukleare Abrüstung	30
5.1 NATO-Mitgliedschaft und Abrüstungsbemühungen	
6 Grüne und institutionelle Einflussnahme	32
Einleitung	
6.1 Koordinierung und Grüne in der Regierung	
6.2 Die Parlamentarische Versammlung der NATO	

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wege der Einflussnahme	39
Ein Warnhinweis	39
Die NATO und ein umfassendes Sicherheitsverständnis	40
Grüner Verteidigungshaushalt und EU-Verteidigungszusammenarbeit	40
Nukleare Abrüstung	40
Institutioneller Einfluss	41

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	43
Interviewfragen	44
Liste der interviewten Parteien	45

Vorwort

Sien Hasker & Laurent Standaert

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 reagierte Europa schnell und einheitlich. Und auch wenn Putin als Motiv unter anderem die Notwendigkeit betont hat, dem wachsenden Einfluss der NATO in Europa entgegenzuwirken, war das Ergebnis genau das Gegenteil. Finnland und Schweden sind dem Bündnis inzwischen beigetreten und die öffentliche und politische Unterstützung für eine enge Zusammenarbeit von EU und NATO hat stetig zugenommen.

Gleichzeitig bergen die Wahlen 2024 in den USA und in Europa eine große Unsicherheit und das Potenzial, die bestehenden Sicherheitsstrukturen zu destabilisieren. Donald Trump hat sich nicht gescheut, europäischen Verbündete zu kritisieren und die kollektive NATO-Sicherheitsgarantie zu untergraben. Während der Krieg in der Ukraine mittlerweile schon fast drei Jahre andauert, werden die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Rolle Europas innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten immer deutlicher.

Diese Entwicklungen haben für die Grünen unangenehme Fragen aufgeworfen. Wenngleich es regionale Unterschiede gibt, haben die Grünen traditionell einen ganzheitlichen europäischen Sicherheitsansatz gegenüber dem transatlantischen Militärbündnis bevorzugt und lange Zeit war Ablehnung oder zumindest Gleichgültigkeit gegenüber der NATO die Norm. In der aktuellen politischen Landschaft, in der der Einfluss osteuropäischer Staaten und Parteien wächst, ist die Erkenntnis gereift, dass die Grünen es sich

Sien Hasker ist Programmmanagerin bei der Green European Foundation.

Laurent Standaert ist Direktor der Green European Foundation.

nicht leisten können, sich aus diesem Forum zurückzuziehen.

Die Green European Foundation hat diese Studie durchgeführt, um ein tieferes Verständnis über die Einstellung grüner und progressiver Kräfte in Europa zur NATO zu erlangen. Dabei ging es nicht allein um die Frage, ob sie für oder gegen die NATO sind, sondern darum, welchen Platz das Bündnis in ihrem sicherheitspolitischen Instrumentarium einnimmt und welche Möglichkeiten es gibt, die NATO stärker mit Werten und Prioritäten der politischen Ökologie in Einklang zu bringen.

Es ist wichtig, alternatives Denken in etablierte und konservative Sicherheitsbereiche einzubringen. Angesichts der zunehmenden Präsenz der Grünen in den Parlamenten und Regierungen in ganz Europa gibt es sowohl den Raum als auch den Bedarf für mehr Einfluss und Expertise. Gegenwärtige Sicherheitsrisiken gehen nicht nur von militärischen Aktionen autokratischer Nachbarn aus, sondern umfassen auch die Bereiche Klima, Cybersicherheit, Pandemievorsorge und vieles mehr. Bereiche, zu denen die Grünen viel zu sagen haben. Diese Bedrohungen sollten sicherlich auf europäischer Ebene angegangen werden, erfordern aber auch eine strategische Zusammenarbeit und Koordinierung mit und innerhalb internationaler Organisationen wie der NATO, den Vereinten Nationen und der OSZE.

Dieser Bericht zeigt aber auch die erheblichen Risiken auf, die mit dem Versuch

verbunden sind, die NATO einfach nur grün zu machen. Das Demokratiedefizit und die militaristische Logik der NATO sollten nicht unterschätzt werden. Denn wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht bekanntlich in jedem Problem einen Nagel. Die Frage ist also nicht nur, wie, sondern auch wann (und wann nicht) die NATO als Instrument der politischen Einflussnahme genutzt werden kann. Hierfür sind transnationaler Austausch und gegenseitiges Lernen von zentraler Bedeutung.

Wir hoffen mit dieser Publikation, die sich auf konkrete Beispiele und Fachwissen stützt, die breite Öffentlichkeit und Fachpersonen in ganz Europa, insbesondere in der grünen Bewegung, dazu anzuregen, genau darüber nachzudenken, wie die NATO in unsere Vision eines sicheren und friedlichen Europas und einer sicheren und friedlichen Welt passt.

Zusammen- fassung

Kartierung der Bewegung

Zusammenfassung von
Sarah Bitamazire

■ Aus redaktionellen Gründen werden wir im gesamten Bericht Bezeichnungen wie *grüne und progressive Parteien*, *Grüne und grüne Parteien* synonym verwenden. Die von uns befragten Parteien gehören größtenteils der EGP (Europäische Grüne Partei) an oder orientieren sich an deren Werten.

Traditionell haben grüne und progressive Parteien* in ganz Europa eine skeptische Haltung gegenüber der Militärindustrie und Verteidigungsbündnissen wie der NATO eingenommen. Das bedeutet nicht, dass sie in Gesprächen oder Debatten nicht präsent waren, aber sie haben in manchen Bereichen eine derart antimilitaristische Haltung eingenommen, dass ihre Perspektive nicht ernst genommen wurde. Viele befürworteten die vollständige Abrüstung und die Suche nach ausschließlich nichtmilitärischen Lösungen für internationale Konflikte.¹ Die genauen Positionen unterscheiden sich jedoch nicht nur von Partei zu Partei, sondern haben sich auch im Laufe der Zeit verändert.

Der im Februar 2022 gestartete russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Debatte über Verteidigung und Sicherheit in einem Moment neu entfacht, in dem die Wählerschaft zunehmend ängstlich und besorgt hinsichtlich nationaler Sicherheitsfragen war. Auch die grüne Parteienfamilie blieb davon nicht verschont. Dies geschah in einem medialen Kontext, in dem die NATO

mitunter als einzige Lösung zur Sicherung der ukrainischen Souveränität gegenüber dem russischen Aggressor, und somit zur Wahrung der europäischen Sicherheit, dargestellt wurde. Die intern geführten Debatten, die dem klassischen Realo-Fundi-Konflikt zugeordnet werden können, waren herausfordernd da grundlegende ideologische Positionen mit dem erklärten Bedürfnis nach Pragmatismus im Widerspruch standen. Die öffentliche Meinung sprach sich nämlich zunehmend für die NATO als Garant für die europäische Sicherheit aus.

Die internen Debatten der Grünen in Ländern, die bereits NATO-Mitglieder waren, drehten sich um Strategien zur Einflussnahme auf die NATO sowie um die Rolle der NATO in dem von Russland geführten Krieg in der Ukraine. Beispielhaft sind hier Belgien und Luxemburg zu nennen. Die internen Diskussionen der Grünen in Ländern, die hingegen keine NATO-Mitglieder waren, fokussierten sich anfangs noch auf ein „Dafür oder Dagegen“, entwickelten sich aber schnell zu Diskussionen darüber, wie Einfluss auf die NATO genommen werden könne. Dies war der Fall bei Vihreat (Finnland) und Miljöpartiet de gröna (Schweden). Der Wandel von NATO-Skepsis

zu NATO-Pragmatismus oder sogar NATO-Befürwortung ist sehr wahrscheinlich sowohl auf den Wandel der öffentlichen Meinung als auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Politik nun mit einem völlig anderen sicherheitspolitischen Umfeld konfrontiert war. Die Argumente derjenigen Grünen, die bereits im Vorfeld des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine der NATO gegenüber positiv gestimmt waren, fanden nun in einem anderen Kontext Gehör. Für die ideologischen NATO-Gegner wurde es hingegen immer schwieriger, ihren Standpunkt durchzusetzen – eine Entwicklung, die durchaus ungewöhnlich ist. Es herrschte und herrscht ein wachsender Konsens darüber, dass die NATO ein wichtiger Akteur für die europäische Sicherheit ist und dass die Grünen ernsthafte politische Positionen einnehmen müssen, um Einfluss auf die NATO nehmen zu können.²

Sicherheit und Verteidigung haben für grüne Parteien schon immer eine Rolle gespielt. Die grünen Definitionen dieser Begriffe sind jedoch oft weiter gefasst und anders als in der konservativen und allgemein verbreiteten politischen Agenda – insbesondere im heutigen Europa. Dieses breite und umfassende grüne Sicherheitsverständnis wird von einigen als Alleinstellungsmerkmal der Bewegung angesehen. Ein Beispiel dafür ist Energie-Sicherheits-Nexus, der ideologisch fest in der grünen Politik verankert ist. Er veranlasste die Grünen zu der Forderung, die Abhängigkeit Europas von russischem Öl und Gas zu verringern, um nicht länger Putins Kriegskasse zu füllen. Es ist jedoch schwierig, alternative Sichtweisen durchzusetzen, ohne sich mit den bestehenden Militär- und Verteidigungsstrukturen auseinanderzusetzen. Hier bestehen eindeutige Lücken.

Von den zehn grünen und progressiven Parteien, die für diese Studie befragt wurden, befürworteten acht die NATO-Mitgliedschaft, und alle zehn sind sich einig,

dass sich grüne Parteien stärker für Sicherheit und Verteidigung einsetzen müssen. Die Frage ist nicht, ob, sondern wie Grüne und Progressive die NATO beeinflussen können. Dies gilt sogar für die Parteien, die weiterhin gegen eine NATO-Mitgliedschaft sind. Es ist mitunter schwierig zu sagen, ob der Wandel der ideologischen Haltung das Ergebnis langfristiger interner Debatten oder kurzfristiger Reaktionen auf die aktuelle Sicherheitslage in Europa ist. Dieser Bericht zeigt, dass es unabhängig von den jeweiligen Beweggründen eine Reihe gemeinsamer und übereinstimmender politischer Positionen der europäischen Grünen zur NATO gibt und dass in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen weitere Strategien erarbeitet werden.³

■ Es wurden Vertreter:innen der Parteien aus folgenden Ländern befragt: Finnland, Island, Schweden, Norwegen, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Belgien, Dänemark und den Niederlanden.

Die vorliegende Kartierung beschreibt die Positionen von zehn politischen Parteien zu den Themen Sicherheit und Verteidigung, insbesondere in Bezug auf die NATO. Ziel ist es, jene politischen Vorschläge hervorzuheben, die wir angesichts der aktuellen Sicherheitslage als besonders relevant erachten. Wir hoffen, Grünen und Progressiven in ganz Europa damit ein nützliches Instrument für interne Diskussionen und Debatten über die NATO an die Hand zu geben und einen Ausgangspunkt für die Entwicklung einer besseren grünen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen.

Endnoten

- 1 Newell, P. (2019). Green Security (S. 72). In Global Green Politics. Cambridge: Cambridge University Press. doi:10.1017/9781108767224.003
- 2 Samir Jeraj, 'Are Green Parties Still Pacifist?', *Green European Journal*, 13.12.2022 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/are-green-parties-still-pacifists/>

Sarah Bitamazire ist eine erfahrene Politikexpertin für internationale Menschenrechte und Außenpolitik mit besonderem Fokus auf Konflikt- und Hochrisikosituationen. In den letzten zwei Jahren nahm sie in Schweden eine zentrale Rolle in den politischen Diskussionen um diese Themen ein und war maßgeblich an der Entwicklung politischer Konzepte für die schwedischen Grünen beteiligt.

Bericht

Wie können Grüne und Progressive Einfluss auf die NATO nehmen?

Bericht von
Sarah Bitamazire

1 Einleitung

1.1 Methodik

Ziel dieses Berichts ist es, die Positionen grüner und progressiver Parteien zur NATO zu kartieren. Die Studie ist nicht als umfassende Analyse zu verstehen, sondern eher als eine Kartierung, die ausgewählte Fragmente der europäischen Sicherheits- und Verteidigungslandschaft beleuchtet. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Positionierung der grünen Parteien bezüglich der Mitgliedschaft in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO, North Atlantic Treaty Organization) gelegt. Ein Kernziel besteht darin, die Positionen grüner und progressiver Parteien zur NATO einer kritischen Analyse zu unterziehen und politische Vorschläge zu unterbreiten, die angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage von besonderer Relevanz sind.

Die Studie stützt sich sowohl auf Sekundärforschung als auch auf Primärdaten aus 14 ausführlichen Interviews mit Gesetzgeber:innen, Politikschaffenden und politischem Personal. Die Sekundärforschung umfasste öffentliche und interne Strategiepapiere, offizielle Erklärungen, Gesetzesvorschläge, wissenschaftliche Fachartikel und

Forschungspapiere. Die aus diesen Dokumenten gewonnenen Daten bildeten eine gute Grundlage für die persönlichen Interviews.

Da sich sicherheits- und verteidigungspolitische Positionen derzeit schnell ändern, war die Einbeziehung qualitativer Interviews notwendig, um Einblicke, Perspektiven und differenzierte Ergebnisse aus erster Hand zu erhalten. Pro Partei wurde mindestens eine Person entlang sieben vorher festgelegter Hauptfragen interviewt (siehe Anhang). Die Befragten können in zwei Gruppen unterteilt werden. Die erste Gruppe umfasste Personen, die Erfahrung in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben, wie z. B. verteidigungs- und/oder außenpolitische Sprecher:innen. Die zweite Gruppe bestand aus politischem Personal, politischen Beratern und Mitarbeitenden von Think Tanks, die eng mit den befragten politischen Parteien zusammenarbeiten. Eine vollständige Liste der beteiligten Parteien befindet sich am Ende des Berichts. Über einige Parteien war nur Sekundärforschung möglich, was in der in der Tabelle entsprechend kenntlich gemacht wurde.

Die Sekundärforschung und die Interviews liefern genügend Daten und Informationen,

um politische Vorschläge zu unterbreiten und einen Weg aufzuzeigen, wie die Grünen Einfluss auf die NATO nehmen können.

1.2 Traditionalistische und pragmatische Sichtweisen in der grünen Sicherheitspolitik

Grünes und progressives Sicherheitsdenken hat ihren Fokus traditionell auf kollektive Sicherheit gerichtet und somit das traditionelle Sicherheitsverständnis, welches konventionell militärische und geopolitische Belange in den Mittelpunkt rückt, erweitert. Die grüne und progressive Bewegung, die tief in zivilgesellschaftlichen, feministischen und pazifistischen Basisbewegungen verwurzelt ist, hat als Wegbereiter für das gedient, was heute als progressives Sicherheitsdenken bekannt ist: ein umfassender sicherheitspolitischer Ansatz.¹ Dieser umfassende Ansatz legt den Schwerpunkt auf ökologische Nachhaltigkeit, Minderung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Zusammenarbeit sowie nichtmilitärische Ansätze zur Konfliktlösung.²

Für den vorliegenden Bericht haben wir Grüne und Progressive in zwei Kategorien eingeteilt: das traditionalistische Lager und das pragmatische Lager. Zwischen diesen beiden Lagern waren die meisten Meinungsverschiedenheiten zu beobachten und die Parteien waren hier mitunter vor ideologische Entscheidungen gestellt. Diese vereinfachende Darstellung birgt zwar einige Schwachstellen, ermöglicht es aber, die grünen und progressiven Parteien auf einer Skala einzuordnen und zu ermitteln, welche Einstellungen zur NATO derzeit am weitesten verbreitet sind.

Personen, die dem traditionalistischem Lager zuzuordnen sind, gehören der stark pazifistischen Bewegung an, die den Militarismus als Funktion der kapitalistischen

**Es fällt auf,
dass Grüne und
Progressive [...]
sicherheits-
politische
Fragen im rein
militärischen
Kontext
vergleichsweise
passiv und
zurückhaltend
angehen.**

Industriegesellschaft betrachtet, mit der er untrennbar verbunden ist und zu der er gehört und.³ Sie betonen die Bedeutung nichtmilitärischer Konfliktlösungsansätze wie Diplomatie, Verhandlung und Konfliktprävention. Bei diesen Ansätzen haben Dialog und Zusammenarbeit Vorrang vor militärischen Interventionen, um das Potenzial bewaffneter Konflikte zu verringern und friedliche Konfliktlösungen zu fördern. Die Miljöpartiet de gröna ist ein Beispiel für eine Partei, in der es trotz einer offiziellen, eher pragmatischen Parteilinie starke traditionalistische Stimmen gibt, die sich lautstark gegen eine NATO-Mitgliedschaft aussprechen.

Personen, die dem pragmatischen Lager zuzuordnen sind, vertreten die Ansicht, dass der nichtmilitärische Ansatz der bessere sei. Gleichzeitig argumentieren sie aber auch, dass die Grünen naiv wären zu glauben, dass Staaten ohne Militär und Polizeikräfte funktionieren können.⁴ In den letzten Jahrzehnten - nach der Invasion im Irak 2003, den verschiedenen NATO-geführten Interventionen in Afghanistan, der Intervention in Libyen und der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 - haben viele grüne und progressive Parteien in Europa ihre sicherheitspolitischen und militärischen Positionen überdacht.⁵ Dies führte bei vielen grünen Parteien zu chaotischen Debatten, sodass die Politikentwicklung manchmal von Grund auf neu begonnen werden musste. Im Jahr 2014 hat GroenLinks mit einer offenen und ausführlichen Diskussion über militärische Interventionen auf interne Spaltungen reagiert und somit das breite Meinungsspektrum innerhalb der grünen Bewegung aufgezeigt.⁶

Es fällt auf, dass Grüne und Progressive, unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich, sicherheitspolitische Fragen im rein militärischen Kontext vergleichsweise passiv und zurückhaltend angehen. Dazu zählen nationale Verteidigungspolitik, Militärdoktrin,

Rules of Engagement, Militärethik, Militärtechnologie und Innovation sowie die Rüstungsindustrie. Das ändert sich jedoch zunehmend, da immer mehr Grüne und Progressive eine stärkere politische Gestaltung in diesen Bereichen einfordern.⁷

1.3 Staatszentriertes vs. menschliches Sicherheitskonzept

Das staatszentrierte Sicherheitskonzept zielt in erster Linie auf den Schutz und die Wahrung territorialer Integrität, politischer Souveränität und strategischer Staatsinteressen ab. Im Mittelpunkt steht dabei der Einsatz militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Macht, um die Sicherheit und Stabilität des Nationalstaates zu gewährleisten.⁸ Das staatszentrierte Sicherheitskonzept bildet nach wie vor die Grundlage des konventionellen Denkens über nationale und internationale Sicherheit. Demnach priorisieren viele Staaten den Schutz ihrer territorialen Integrität, ihrer politischen Souveränität und ihrer strategischen Interessen als vorrangige Ziele ihrer Sicherheitspolitik und -strategie. Dieser Ansatz ist unter den NATO-Mitgliedern weit verbreitet und steht in starkem Gegensatz zur vorherrschenden Denkweise innerhalb der grünen Bewegung.

Die grüne und progressive Bewegung hat sich an vorderster Front für menschliche Sicherheit eingesetzt. Das menschliche Sicherheitskonzept⁹ erkennt an, dass die Sicherheit des Einzelnen mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren

verknüpft ist. Es plädiert für ein umfassenderes und menschenzentriertes Verständnis von Sicherheit, das über das traditionelle staatszentrierte Paradigma hinausgeht.⁹ Der Sicherheitsbegriff sollte über die militärische und politische Dimension hinausgehen und auch das Wohlergehen und die Sicherheit des

⁹ Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen spielte eine entscheidende Rolle bei der Einführung und Verbreitung des Konzepts der menschlichen Sicherheit.

Einzelnen umfassen. Dazu gehören Aspekte wie wirtschaftliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheitssicherheit, Umweltsicherheit, persönliche Sicherheit und Sicherheit der Gemeinschaft.¹⁰ Diese Perspektive gewann in den frühen 2000er Jahren an Bedeutung, wird aber zunehmend in Frage gestellt oder zurückgedrängt, da militärische Lösungen wieder stärker in den Fokus der Debatten über europäische und globale Sicherheit rücken.

1.4 Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO)

Die Nordatlantische Vertragsorganisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO) ist ein 1949 gegründetes politisch-militärisches Bündnis, das auf den Grundsätzen der kollektiven Verteidigung und der Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedsstaaten beruht. Die Organisation agiert im Rahmen regelmäßiger Konsultationen und Konsensbildung zwischen den 31 Mitgliedsstaaten, die gemeinsam Entscheidungen zu Themen von gemeinsamem Interesse, einschließlich Verteidigung und Sicherheit, treffen.¹¹

Die zentrale Aufgabe der NATO besteht in der gegenseitigen Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung, die besagt, dass ein Angriff auf ein Mitglied als Angriff gegen alle betrachtet wird und eine kollektive Reaktion erfordert.* Darüber

* Artikel 5 des Nordatlantikkontrakts.

hinaus erleichtert die NATO militärische Zusammenarbeit, gemeinsame Übungen und Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und Ressourcen zwischen ihren Mitgliedern, um die Verteidigungsfähigkeit und Interoperabilität der verbündeten Streitkräfte zu stärken.

Die NATO-Erweiterungspolitik sieht vor, dass die NATO-Mitgliedschaft in der NATO allen europäischen Staaten offensteht, die in der Lage sind, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des

Der Sicherheitsbegriff sollte über die militärische und politische Dimension hinausgehen und auch das Wohlergehen und die Sicherheit des Einzelnen umfassen.

nordatlantischen Raums beizutragen.¹¹

▪ Artikel 10 des Nordatlantikvertrags.

Das letzte Mitglied, das der NATO beitrug, war Finnland im Jahr 2023. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hat Schweden einen Antrag gestellt und wartet auf die offizielle parlamentarische Zustimmung Ungarns und der Türkei.



2 Die Positionen der Grünen zur NATO im Überblick

In diesem Kapitel werden die historischen und aktuellen Haltungen grüner Parteien in Finnland, Island, Schweden, Norwegen, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Belgien und den Niederlanden zur NATO beschrieben. Diese Länder wurden ausgewählt, weil sie einen interessanten Querschnitt aktueller und künftiger Mitglieder mit unterschiedlichen Ansätzen und Erfahrungen innerhalb des Bündnisses darstellen. Diese Porträts basieren auf Interviews mit Mitgliedern der jeweiligen Parteien in diesen Ländern sowie auf Sekundärforschung.

Ziel war es, bestimmte politische Entwicklungen zu analysieren und die Landschaft grüner europäischer Positionen zur NATO zu beschreiben. Zu den wichtigsten Themenbereichen gehören die Reform der NATO, nukleare Abrüstung, die Verteidigungszusammenarbeit mit der EU, der Umgang mit dem Einfluss der USA auf die Sicherheitspolitik und die NATO sowie die Komplementarität von EU und NATO.

2.1 Vihreät, Finnland

Finnland teilt als einziges skandinavisches Land eine lange Grenze mit Russland. Vihreäts Position zur NATO war bereits Gegenstand einer parteiinternen Debatte, die nach Februar 2022 in gewisser Weise

vorangetrieben wurde. In der Vergangenheit stand die Partei vor allem den militärischen Aktivitäten des Bündnisses und dem ihrer Meinung nach zu starken Fokus auf militärische Lösungen für Sicherheitsprobleme kritisch gegenüber.

In Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft gab es unterschiedliche Meinungen. Einige Grüne standen einem NATO-Beitritt Finnlands offener gegenüber - eine Haltung, die mit der Entwicklung der Sicherheitsdynamiken in Nordeuropa an Zuwachs gewann. In den letzten Jahren hat sich das sicherheitspolitische Umfeld Finnlands verändert: In unmittelbarer Nachbarschaft des Landes sind die zunehmenden Spannungen zwischen der NATO und Russland deutlich spürbar geworden, insbesondere im Ostseeraum. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass einige Mitglieder der Partei ihre Haltung zur NATO neu überdacht haben.

Ausschlaggebend für diejenigen, die ihre Haltung zur NATO-Mitgliedschaft änderten, war die Bedeutung der NATO für Finnlands eigene Sicherheit. Allerdings führte das nicht dazu, dass alles, was die NATO angeht, gutgeheißen wurde. Vihreät sieht die NATO als Europas wichtigsten Sicherheitsgaranten und als Mittel zur Gewährleistung der Unabhängigkeit Finnlands und des anhaltenden Friedens in der Ostseeregion an.¹²

Vihreät ist im Vergleich zu den Nachbarländern in der Region eine der NATO-freundlicheren Parteien und hat umfangreiche interne Debatten darüber geführt, wie Finnland innerhalb der NATO zur regionalen Sicherheit beitragen kann.¹³ Eine der wichtigsten Fragen, die während dieser internen Debatten aufkam, lautete: Wie kann man in einer nicht perfekten Welt nach Frieden und Gewaltlosigkeit streben? Im jüngsten Grundsatzprogramm von Vihreät, das auf dem Parteitag 2022 verabschiedet wurde, wird die frühere Haltung dahingehend geändert, dass die

finnischen Grünen nun die Mitgliedschaft Finnlands in der NATO unterstützen.¹⁴ Im Oktober 2023 konkretisierte die Partei ihre politische Haltung, indem sie ihren Zuspruch zur NATO-Mitgliedschaft bekräftigte und hervorhob, wie wichtig eine aktive Rolle Finnlands bei der Sicherung der Demokratie in Europa ist.

Nukleare Abrüstung bleibt eine klare Priorität für Vihreät, auch nachdem sie ihre Haltung zur NATO-Mitgliedschaft geändert hat. Die Partei ist gegen Atomwaffen auf finnischem Hoheitsgebiet. Gemäß der geltenden finnischen Gesetzgebung sind Atomwaffen illegal. Was die Frage der Einflussnahme auf die NATO angeht, so ist es für Vihreät zentral, dafür zu sorgen, dass Finnlands eigene Sicherheits- und Außenpolitik mit einem umfassenden Sicherheitsverständnis übereinstimmt. Aus dieser Perspektive bedeutet für Vihreät Einflussnahme auf die NATO, das Bündnis dazu zu bewegen, seine Worte in Taten umzusetzen. Vihreät-Mitglieder betonen, dass die NATO weniger auf Militarisierung im Sicherheitsbereich setzen sollte, sondern verstärkt den Aufbau von Demokratie und Resilienz fördern sowie Klimaschutz und Umweltsicherheit priorisieren sollte.

Hinsichtlich der Frage, wie die EU und die NATO zusammenarbeiten sollten, vertritt Vihreät die Ansicht, dass sich die Organisationen gegenseitig ergänzen. Die Argumentation für die EU-Mitgliedschaft hat sich in Finnland in gewissem Maße auf den Sicherheitsaspekt konzentriert. Die NATO-Mitgliedschaft verändert diese Dynamik. Die Partei hat Bedenken, die Sicherheitsdiskussionen zu sehr der NATO zu überlassen, da ein Militärbündnis die Gefahr birgt, alles zu militarisieren. Umso wichtiger ist also eine klare Rollenaufteilung. In der finnischen Debatte kam die Ansicht auf, dass die EU innerhalb der NATO unbedingt eine starke Stimme haben muss, um den Risiken einer Übermilitarisierung entgegenzuwirken.

Vihreät-Mitglieder betonen, dass die NATO weniger auf Militarisierung im Sicherheitsbereich setzen sollte, sondern verstärkt den Aufbau von Demokratie und Resilienz fördern sowie Klimaschutz und Umweltsicherheit priorisieren sollte.

2.2 Píratar, Island

In Island, das im Allgemeinen als pazifistisch eingestellt gilt, hat die Unterstützung für die NATO nach der russischen Invasion in der Ukraine zugenommen. Die Verteidigungsausgaben haben sich verdoppelt und die NATO-Aktivitäten vor Ort haben in den letzten Jahrzehnten exponentiell zugenommen. Die Marine- und Luftwaffenbasis Keflavik ist ein wichtiger NATO-Stützpunkt in Island, auf dem die USA seit August 2023 strategische Bomber stationieren.

Die Haltung der isländischen Piratenpartei Píratar zur NATO kann als pragmatische Entscheidung für Komfort beschrieben werden. Ideologisch sind sie dagegen, doch der Ablehnung NATO-bezogener Themen kann nur schwer Priorität verschafft werden.¹⁵ Einige setzten sich für eine aktivere Rolle in Foren wie der Parlamentarischen Versammlung der NATO ein. Sie argumentieren, dass in den traditionell militaristischen und konservativen NATO-Kreisen mehr Stimmen für Abrüstung und feministische Außenpolitik gebraucht werden. Die Partei hat den völligen Mangel an Transparenz in Bezug in NATO-Angelegenheiten kritisiert, vor allem in der Zusammenarbeit von Regierung und Parlament. Die Píratar übt offen Kritik am Luftstützpunkt Keflavik, der als nicht-dauerhafter dauerhafter Stützpunkt bezeichnet werden kann. Hintergrund dieser Kritik ist der zunehmende Einfluss der USA auf Island im Gebiet der Sicherheit.

Die Píratar möchte ein atomwaffenfreies Island und wünscht sich eine Aktualisierung des bilateralen Abkommens mit den USA, in dem klargestellt wird, was im isländischen Kontext erlaubt ist und was nicht. Das im Rahmen dieser Studie befragte Mitglied der Píratar-Partei gehörte der Fraktion der Grünen und Progressiven an, die im Mai 2023 in Luxemburg einen Änderungsantrag mit 20 politischen Positionen einbrachte. Darin riefen sie die nationalen Regierungen dazu auf, die notwendigen Maßnahmen zur

Sicherstellung der internationalen Sicherheit zu ergreifen, unter anderem konkrete Schritte zur Förderung der Rüstungskontrolle und der nuklearen Abrüstung. Seit 2017 legten Mitglieder der Linksgrünen dem Parlament insgesamt sechs Mal einen parlamentarischen Vorschlag für einen Beitritt Islands zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) vor, zuletzt im September 2022. Während der öffentlichen Anhörungen zu diesem Vorschlag sprach sich das Außenministerium gegen einen Beitritt Islands zum Abkommen aus. Im November 2022 verwies das Außenministerium darauf, dass die nationale Sicherheitspolitik auch die NATO-Mitgliedschaft und das bilaterale Verteidigungsabkommen mit den USA beinhaltet, und dass ein Beitritt zum Abkommen den isländischen Verpflichtungen gegenüber der NATO widersprechen würde.

2.3 Miljöpartiet de gröna, Schweden

Seit ihrer Gründung hat sich die Miljöpartiet de gröna gegen einen schwedischen NATO-Beitritt ausgesprochen, was auch im Parteiprogramm deutlich zum Ausdruck kommt. Bis vor Kurzem war dies allerdings noch kein Diskussionsthema. In allgemeineren verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen haben sich die schwedischen Grünen hauptsächlich auf die Notwendigkeit einer stärkeren Zivilverteidigung und Katastrophenvorsorge konzentriert.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand in den letzten 15 Jahren die Frage der Militarisierung der EU. In dieser Debatte hat sich die Miljöpartiet de gröna zum Beispiel für ein ziviles Friedenskorps stark gemacht. In den sieben Jahren, in denen die Miljöpartiet de gröna mit der sozialdemokratischen Partei eine Regierungskoalition bildete, stimmte sie mehreren Änderungen und Zielsetzungen hinsichtlich der nationalen Verteidigungspolitik, militärischer Ziele und der Zusammenarbeit mit der NATO zu.

Dies sorgte in Teilen der Partei für Unmut, darunter auch in der früheren Führung, die eine solche Politik als unvereinbar mit ihrer pazifistischen Grundhaltung ansah.¹⁶

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sowohl die Mitglieder der Partei als auch ihre Wählerschaft beeinflusst. Obwohl sich viele traditionell von Krieg, Waffenlieferungen und Militärbündnissen distanzieren, besteht die Einsicht, dass frühere Positionen in Frage gestellt und überdacht werden müssen.¹⁷ Mehrere Mitglieder der Partei haben die Notwendigkeit einer pragmatischen Haltung zur NATO-Mitgliedschaft betont, was im Gegensatz zu ihrer früheren strikten Ablehnung steht.¹⁸

Die schwedischen Grünen sind nach wie vor gegen einen NATO-Beitritt. Die Parteiführung hat jedoch in mehreren Erklärungen und Anträgen im Parlament signalisiert, dass die Partei im Falle einer schwedischen NATO-Mitgliedschaft nicht auf einen Austritt aus der NATO drängen wird. Sie herrschen verschiedene Ansichten darüber vor, wie sich Schweden im Falle einer NATO-Mitgliedschaft verhalten sollte.¹⁹ Teil ihrer politischen Haltung ist eine klare Ablehnung von Atomwaffen auf schwedischem Hoheitsgebiet. Um dies zu gewährleisten, fordern sie ein nationales gesetzliches Atomwaffenverbot auf schwedischem Hoheitsgebiet. Außerdem wollen sie den „No First Use“-Grundsatz[■] in der NATO einführen und sich für die Demokratisierung der NATO durch ein Demokratiegebot einsetzen. Laut diesem Gebot sollen nur Länder, die grundlegende demokratische Anforderungen erfüllen, als Mitglieder zugelassen werden.

■ Die No-First-Use (NFU) Policy (Politik des Verzichtes auf den Ersteinsatz) bedeutet, dass sich eine Atommacht verpflichtet, niemals Atomwaffen einzusetzen, außer als Vergeltungsschlag im Fall eines früheren Atomangriffs (Zweitschlag). Derzeit haben nur China und Indien eine offizielle NFU-Politik.

Die Position des Parteivorsitzes wurde auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongress im November 2023 bestätigt. Die Debatten

zeigten jedoch, dass die Partei immer noch stark gespalten ist zwischen pragmatischen und traditionalistischen Ansichten über Militärbündnisse, insbesondere die NATO.

2.4 Miljøpartiet De Grønne, Norwegen

Die norwegischen grüne Partei Miljøpartiet De Grønne (MDG) befürwortet die NATO-Mitgliedschaft und vertritt eine differenzierte und zuweilen kritische politische Haltung gegenüber der NATO. Ein Beispiel dafür ist, dass die MDG gegen die Präsenz von US-Militärstützpunkten in Norwegen gestimmt hat. Die MDG kritisierte auch lautstark die ihrer Ansicht nach Unfähigkeit der NATO im Umgang mit dem schurkenhaften Verhalten der Türkei, etwa im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft Schwedens. Darüber hinaus haben die norwegischen Grünen versucht, eine breitere politische Diskussion über die Ausnahmereglung für NATO-Ländern bei Kriegsverbrechertribunalen anzustoßen.²⁰

Die MDG stehen der Außenpolitik und dem Imperialismus der USA kritisch gegenüber und wünschen sich, dass Norwegen innerhalb der NATO offener kritisch gegenüber dieser Politik auftritt. Einer der Gründe dafür ist die Art und Weise, mit der die Doppelmoral der USA die Glaubwürdigkeit der NATO untergräbt, wenn es um Demokratie und Verteidigung geht. Die MDG wünschen sich eine verstärkte nordische Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der NATO.

2.5 Bündnis 90/Die Grünen, Deutschland

Im Bündnis 90/Die Grünen bestehen seit den 1990er Jahren historische ideologische Spannungen zwischen dem traditionalistischen und dem pragmatischen Lager. Die Partei hat in der Vergangenheit eine kritische Haltung gegenüber der NATO eingenommen und den Schwerpunkt auf Abrüstung, Konfliktlösung

und nichtmilitärische Ansätze zur Bewältigung internationaler Konflikte gelegt.

Die Joschka Fischer Ära war von bedeutenden außenpolitischen Herausforderungen und Debatten über die Anwendung von Gewalt in internationalen Konflikten geprägt, wie z.B. die deutsche Beteiligung an der NATO-Intervention im Kosovo 1999. Diese Entscheidung war umstritten und stieß im traditionalistischen Lager der Partei auf Widerstand. Heute können die Grünen als eher pragmatisch orientiert bezeichnet werden. Annalena Baerbock, die eine wichtige Rolle bei der Zusammenführung der beiden Seiten gespielt hat, hat die Partei stärker in die Mitte gerückt. Baerbock hat ein Parteiprogramm auf den Weg gebracht, in dem die NATO als unverzichtbarer Teil der europäischen Sicherheit bezeichnet wird. Darüber hinaus befürwortet sie die verteidigungspolitische Zusammenarbeit der EU.

Diese Entwicklung lässt sich dadurch erklären, dass keine andere grüne Partei in Europa mit dem Dilemma konfrontiert war, das aus potenziellen Regierungskoalitionen auf nationaler und regionaler Ebene resultierte. Die Grünen waren von 1998 bis 2005 Teil einer Koalitionsregierung und sind es seit 2021 erneut.

Frühere Diskussionen innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen konzentrierten sich auf die Frage, ob man für oder gegen die NATO ist. Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine scheint es jedoch innerhalb der Partei einen stärkeren Konsens darüber zu geben, dass die NATO gegenwärtig für die europäische Sicherheit notwendig ist. Die offizielle Haltung der deutschen Grünen zu einem atomwaffenfreien Europa ist Teil des Parteiprogramms, wobei einige in der Partei Atomwaffen als notwendiges Übel ansehen, solange Europa von Russland bedroht ist.²¹ Es gibt eine anhaltende Debatte über das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben

Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine scheint es innerhalb dem Bündnis 90/Die Grünen einen stärkeren Konsens darüber zu geben, dass die NATO gegenwärtig für die europäische Sicherheit notwendig ist.

(gemessen am BIP). Einige halten dieses Ziel für kurzfristig und ineffizient und bevorzugen ein bedarfsorientiertes Haushaltsziel. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Diskussion über Rüstungskontrolle sowie die Neuausrichtung der europäischen Verteidigungsindustrie als oberste Priorität erachtet.

2.6 Socialistisk folkeparti, Dänemark

Während des Kalten Krieges war die Socialistisk folkeparti (SF) gegen die NATO. Nach dem Ende des Warschauer Pakts änderte sich dies jedoch und die Position der Partei entwickelte sich in Richtung einer Akzeptanz der NATO. Ein Ereignis, das diesen Positionswechsel festigte, waren die Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Zu dieser Zeit wurde die NATO als ein Akteur angesehen, der im Verteidigungsfall aktiv werden konnte, wenn dem UN-Sicherheitsrat aufgrund der Blockade durch Russland die Hände gebunden waren.

In der ersten Dekade dieses Jahrhunderts war die SF der Ansicht, dass sich die NATO von ihren primären Zielen als reines Verteidigungsbündnis entfernt hatte. SF unterstützte die NATO-Einsätze in Afghanistan und Irak nicht, zu denen Dänemark Truppen beisteuerte. Der Krieg in der Ukraine und die Rolle der NATO in diesem Krieg werden als konstruktive Rückkehr zu den Kernwerten und -zielen der NATO angesehen. SF betont die Bedeutung der NATO als Verteidigungsbündnis, Sicherheitsgarant und Schutzmechanismus und ist der Ansicht, dass sich das Bündnis vorrangig auf die Wahrung demokratischer Werte sowie die Sicherung der territorialen Souveränität ihrer Mitgliedstaaten konzentrieren sollte. Die SF hält die NATO für kein relevantes Forum für politische Diskussionen oder für Entscheidungsfindungsprozesse im sicherheits- und außenpolitischen Bereich im Allgemeinen.²¹ Für

derartige Angelegenheiten wird die EU als das geeignetere Forum angesehen. Die NATO soll ein Sicherheitsverteidiger bleiben und kein offensiver Akteur mit dem Anspruch, „Demokratie zu verbreiten“.

Die SF kritisiert, dass der nationale Beitrag zur Sicherheitsgarantie innerhalb der NATO prozentual am nationalen Bruttoinlandsprodukt gemessen wird. Schließlich nimmt die Sicherheitsbedrohung für Dänemark und/oder die NATO als Ganzes mit der Entwicklung des BIP weder zu noch ab. Daran wird sich jedoch in Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage und des Krieges in der Ukraine wahrscheinlich nichts ändern. Auch SF hat akzeptiert und anerkannt, dass zwei Prozent des nationalen BIP in die Verteidigung investiert werden müssen, da dringend in die militärische Ausrüstung, die Rekrutierung und übliche Reparatur- und Renovierungsarbeiten investiert werden muss.²²

Die häufigste Debatte innerhalb der NATO dreht sich um die Frage, ob die Mitgliedstaaten der Forderung nachkommen, zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben. Als Antwort darauf hebt SF - im Einklang mit der gesamt-dänischen Position – Dänemarks starkes Engagement bei den jüngsten internationalen Militäreinsätzen hervor. Außerdem betont SF die (derzeit in der Zwei-Prozent-Rechnung der NATO unberücksichtigten) dänischen Investitionen in die Sicherheit der Arktis sowie Dänemarks Beitrag zur Einsatzbereitschaft der NATO an der Ostflanke gegenüber Russland.

Die NATO wird im breiten politischen Spektrum immer noch als Eckpfeiler der dänischen Sicherheits- und Außenpolitik angesehen. Einige argumentieren, dass die dänischen Opt-outs auf europäischer Ebene auch dazu beitragen, dass Dänemark weiterhin von der NATO und von den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abhängig sein wird.²³

²¹ Aus einer E-Mail-Antwort des SF-Abgeordneten.

2.7 Déi Gréng, Luxemburg

Déi Gréng hat eine allgemein kritische Haltung zu bestimmten Aspekten der NATO-Politik, insbesondere in Bezug auf militärische Interventionen und Rüstungsausgaben. Traditionell hat die Partei die Bedeutung der friedlichen Konfliktlösung, der Abrüstung und der Hinwendung zu nichtmilitärischen Lösungen für globale Probleme betont.

Die Luxemburger Grünen haben sich zwar für eine Reduktion der Militärausgaben und eine stärkere Gewichtung diplomatischer und humanitärer Maßnahmen ausgesprochen, aber sie haben nicht ausdrücklich den Austritt Luxemburgs aus der NATO gefordert. Die Partei hat stattdessen die Bedeutung eines kooperativeren und diplomatischeren Vorgehens innerhalb des Bündnisses hervorgehoben, das den Dialog stärkt und auf die Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln abzielt.

2.8 Europe Écologie Les Verts, Frankreich

Europe Écologie Les Verts (EELV) steht der NATO seit jeher kritisch gegenüber und äußert häufig Vorbehalte gegen die Mitgliedschaft Frankreichs in diesem Bündnis.²⁴ Sie sind dafür bekannt, dass sie für eine unabhängigere und bündnisfreie Außenpolitik Frankreichs eintreten und der Diplomatie und der friedlichen Konfliktlösung Vorrang vor militärischen Interventionen einräumen. Sie haben auch eine Reduktion der Militärausgaben und die Förderung der Entmilitarisierung gefordert.

Insgesamt tendiert die Partei zu einem eher pazifistischen und antimilitaristischen Ansatz in den internationalen Beziehungen.²⁵ EELV unterstützt die Idee einer Europäischen Verteidigungsunion und einer verstärkten europäischen Verteidigungszusammenarbeit, hat aber die Frage des Austritts aus dem Atlantischen Bündnis in ihrem

EELV betont die Notwendigkeit, dass Europa seine Sicherheit selbst in die Hand nimmt, anstatt sie der NATO und somit auch den USA zu überlassen.

Parteiprogramm 2022 nicht thematisiert.²⁶ Sie betont die Notwendigkeit, dass Europa seine Sicherheit selbst in die Hand nimmt, anstatt sie der NATO und somit auch den USA zu überlassen.

Obwohl EELV keine klare Position zum Handeln innerhalb der NATO hat, verdeutlicht ein Antrag aus dem Jahr 2021 die kurz- und langfristigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele der Partei. In diesem Antrag heißt es, dass Europa kurz- bis mittelfristig eine Verteidigungspolitik braucht, die multilaterale Organisationen wie die NATO ergänzt.²⁷ Auf lange Sicht wünscht sich EELV eine verstärkte europäische Verteidigungszusammenarbeit, die ein gemeinsames Haushaltsverfahren vorsieht und die Verteidigungsindustrie mit einbezieht. Kernanliegen des Antrags ist es, dass Europa im transatlantischen Rahmen mehr Einfluss ausüben und eine eigenständige Verteidigungspolitik entwickeln muss, die den europäischen Interessen besser entspricht. Die Frage einer europäischen Armee wurde diskutiert, ist aber nach wie vor ein strittiges Thema.

Die Komplementarität der NATO mit der EU und Europa sieht EELV als eine pragmatische Notwendigkeit an, die gegenwärtig nicht ignoriert werden kann. Im Antrag erwähnt die Partei die NATO, neben der Solidaritätsklausel der EU, als ergänzende Sicherheitsgarantie. Europäische Autonomie erachtet EELV als äußerst wichtig, was die NATO zu einem notwendigen und wichtigen Sicherheitsgaranten für den Moment, aber nicht zu einer langfristigen Lösung für die europäische Sicherheit macht. Die NATO wird nicht als relevantestes Forum angesehen, in das Zeit und Energie investiert werden sollten, um Frieden auf der Welt zu schaffen. EELV zieht es vor, in Foren zu investieren, die sich stärker dem Frieden und der nuklearen Abrüstung widmen.

2.9 Ecolo und Groen, Belgien

Sowohl die frankophone Ecolo als auch die flämische Groen haben sich kritisch zur Politik der NATO geäußert, insbesondere in Bezug auf militärische Interventionen und Verteidigungsausgaben. Beide Parteien sind proeuropäisch und zogen es eindeutig vor, sich auf die EU-Verteidigungszusammenarbeit und die Möglichkeiten einer europäischen Armee zu konzentrieren, anstatt sich ausschließlich auf die NATO zu verlassen.

Inzwischen herrscht die Auffassung vor, dass die NATO eine wichtige Rolle für die transatlantische Sicherheit spielt, dass aber in vielen Bereichen der Bündnispolitik ein deutlicher Reformbedarf besteht. Einige Beispiele hierfür sind die Notwendigkeit, den Schwerpunkt auf kollektive Verteidigung, statt auf Interventionen in Drittstaaten zu legen, sowie die Bedeutung der Diplomatie, der Konfliktlösung und friedlicher Lösungen für globale Probleme.²⁸ Die belgischen Grünen plädieren häufig für eine Senkung der Militärausgaben und die Förderung nicht-militärischer Mittel für die internationale Sicherheit.

Groen und Ecolo wollen die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken, um ein Gegengewicht zu den Risiken zu schaffen, die mit der Vorreiterrolle der NATO bei der Entwicklung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einhergehen. Beide Parteien sind der Ansicht, dass eine zu starke Einbindung der NATO in sicherheitspolitische Fragen mit sehr hohen Risiken verbunden ist. Das Hauptrisiko sehen sie in der Militarisierung des Sicherheitsbereichs, aber auch im Mangel demokratischer Kontrolle in einer Organisation, die stark von den USA dominiert wird. Die belgischen Grünen sind der Meinung, dass die NATO als Instrument für sehr genau definierte militärische und sicherheitspolitische Ziele (Abschreckung und Verteidigung) betrachtet werden sollte und nicht als Organisation, die

normative politische Positionen im weiteren Sicherheitsbereich entwickelt.

Belgien ist von dem Ziel, zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, weit entfernt. Die belgische Regierung hat beschlossen, im Jahr 2030 1,54% anzuvisionieren.²⁹ Die Grünen wollen nicht, dass Belgien sich auf den Prozentsatz als Ziel an sich konzentriert. Sie warnen davor, dass das zwei-Prozent-Ziel kontraproduktiv sein könnte, weil dadurch Ressourcen von sozialen und ökologischen Zielen abgezogen werden und ein globales Wetttrüsten ausgelöst werden könnte, welches die Welt weiter destabilisieren würde. Außerdem müssen ihrer Ansicht nach demokratische Werte innerhalb der NATO stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Sowohl Ecolo als auch Groen betonen die Notwendigkeit einer stärkeren Klimastrategie der NATO. Eine Verbesserung des Sicherheits-Militär-Nexus ist wichtig, da der Klimawandel bei der Konfliktbewältigung eine große Rolle spielt und zuweilen auch Konflikte auslöst. Allerdings muss ihnen zufolge die Gefahr einer Militarisierung von Klimaschutzmaßnahmen vermieden werden.

Die belgischen Grünen drängen auf stärkere Abrüstungsbemühungen, einschließlich der Beendigung der gemeinsamen Nutzung von Atomwaffen und der Einführung des „No First Use“-Prinzips in der NATO. Sie haben auch dafür gesorgt, dass Belgien als Beobachter an der ersten Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) teilgenommen hat, obwohl innerhalb der NATO großer Druck ausgeübt wurde, davon abzusehen.

2.10 GroenLinks, Niederlande

GroenLinks stand der NATO von Anfang an kritisch gegenüber. Eine der vier Parteien, die am Parteizusammenschluss beteiligt war, war traditionell pazifistisch, und

auch die anderen drei hatten starke antimilitaristische Tendenzen. Intern führte GroenLinks schwierige Diskussionen über die NATO-Erweiterung und stimmte gegen die erste Beitrittsrunde nach Ende des Kalten Krieges. Sie bevorzugte eine Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Ihr Standpunkt änderte sich allerdings. Die Furcht vor einer russischen Aggression in Mittel- und Osteuropa und der verstärkte Kontakt mit Politikschaffenden aus dieser Region in Folge der EU-Erweiterung hat GroenLinks' europäisches Sicherheitsverständnis beeinflusst und erweitert.

Die Dominanz der USA innerhalb der NATO wird als Problem angesehen und die europäische Verteidigungsintegration als Gegengewicht dazu. GroenLinks war eine der ersten niederländischen Parteien, die sich für eine stärkere EU-Verteidigung einsetzte. Sie sieht die militärische Integration in der EU als unabdingbar für die europäische Sicherheit an, was mit der Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU einhergeht.³⁰

Heute ist GroenLinks ein überzeugter Befürworter der NATO-Mitgliedschaft und der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Russlands Vorgehen hat diesen Positionswandel stark beeinflusst. GroenLinks befürwortet nach wie vor eine starke EU-Verteidigung; ein Anliegen, das in den Niederlanden zunehmend politische Unterstützung erfährt. Die Partei hat sich besorgt über gewisse Vorgehensweisen der NATO geäußert und sich für eine Verlagerung des Schwerpunkts auf Konfliktprävention, Abrüstung und nachhaltige Friedensbemühungen ausgesprochen.

Die Forderung nach dem Abzug der US- Atomwaffen von niederländischem Hoheitsgebiet hat die Partei aus dem nationalen Wahlprogramm von 2021 gestrichen. Die Forderung, das AVV zu unterzeichnen

(nicht unbedingt zu ratifizieren), hat GroenLinks nicht in das Programm aufgenommen, mit dem sie zusammen mit Labour in die Parlamentswahlen 2023 ging.³¹ Dieser politische Kurswechsel ist teilweise auf die Drohung Putins zurückzuführen, als Reaktion auf die westliche Unterstützung für die Ukraine möglicherweise Atomwaffen einzusetzen. Die Partei setzt sich weiterhin für (europäische) Initiativen zur nuklearen Rüstungskontrolle sowie für die Nichtverbreitung von Atomwaffen und einen verhandelten Ausstieg aus der Nutzung von Atomwaffen ein.



3 Europa, die NATO und sicherheitspolitische Perspektiven

Da immer mehr EU-Mitgliedstaaten der NATO beitreten, wie etwa Schweden und Finnland, ist es für grüne Parteien in der EU wichtig, die unterschiedlichen Zuständigkeiten dieser beiden Organisationen zu kennen. Es liegt im Interesse grüner sicherheitspolitischer Ziele, auf eine aktivere europäische Beteiligung in europäischen Sicherheitsbelangen hinzuarbeiten und nicht entscheidende Bereiche an die NATO auszulagern. Dieses Kapitel befasst sich mit den Risiken und Chancen, die sich aus dem Ausbau der Zusammenarbeit von EU und NATO ergeben.

3.1 Eine Europäische Sicherheitsagenda

Die NATO und die EU sind grundlegend verschiedene Organisationen. Die EU ist komplexer, hat ein breiteres Mandat und mehr Zuständigkeiten, die ihr von ihren Mitgliedstaaten übertragen wurden. Die NATO ist eine schmale angelegte Organisation, die einzig und allein auf militärische Zuständigkeiten und Maßnahmen ausgerichtet ist. Die Politikentwicklung innerhalb der NATO

hängt mit ihrer militärischen Ausrichtung zusammen und wird aus militärischer Sicht betrachtet, beziehungsweise für militärische Akteure entwickelt. Insbesondere unter Generalsekretär Jens Stoltenberg wurde der umfassende Sicherheitsbegriff erweitert. Es ist jedoch nicht klar, inwieweit sich dies auf die NATO in ihrer Gesamtheit ausgewirkt hat.

Ein Streitpunkt ist, ob eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO mit den sicherheitspolitischen Zielen der Grünen vereinbar ist, da befürchtet wird, dass die US-amerikanische Sicherheitspolitik einen zu großen Einfluss auf die Politikentwicklung hat. Mehrere Befragte äußerten die Befürchtung, dass bei einer Auslagerung oder Überlassung einer solchen politischen Diskussion an die NATO die Position der USA im Vordergrund stehen und sich drastisch von der Richtung unterscheiden würde, die grüne und progressive Akteure anstreben. Viele grüne Parteien betrachten die Aussicht auf eine erneute Trump-Regierung an der Spitze der NATO als ernsthafte Gefahr und beunruhigende Perspektive, die eine starke und geeinte EU als politisches Gegengewicht erfordert. Die US-Außenpolitik, insbesondere unter einer republikanischen Regierung, wird sich wahrscheinlich nicht mit grüner Sicherheitspolitik in Einklang bringen lassen. Andere Risiken umfassen die rein militärische Betrachtung der Klimakrise, militärische Interventionen ohne völkerrechtliche Grundlage und fehlendes Engagement für nukleare Abrüstung.

Das neue strategische Konzept, das im Juni 2023³² in Vilnius beschlossen wurde, verweist eindeutig auf die Zusammenarbeit und Komplementarität zwischen der EU und der NATO. De facto gibt es bereits eine europäische Säule innerhalb der NATO, worauf auch in gemeinsamen Erklärungen der NATO und der EU verwiesen wird.³³

Bereiche, in denen die NATO und die EU bereits zusammenarbeiten und in denen die

grünen Parteien Einfluss nehmen sollten, sind Cyber Intelligence sowie der Schutz und die Verbesserung widerstandsfähiger kritischer Infrastrukturen. Ein weiterer Bereich, in dem die NATO die EU gut ergänzen kann, ist die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit im Bereich potenzieller Bedrohungen kritischer Infrastrukturen.

Was Zuständigkeiten und Gesetzgebung angeht, verfügen die UNO und die EU über stärkere politische und legislative Mandate. Diese Foren sind in Bereichen wie der Rüstungskontrolle, der Unterstützung der Verteidigungsindustrie und der Aufstellung des Verteidigungshaushalts geeigneter.

Die Stärkung der EU-Verteidigungszusammenarbeit wird von einigen als erster Schritt vorgeschlagen, um dem starken Einfluss der USA innerhalb der NATO zu begegnen; dies wird in Kapitel 4 näher erläutert. Die nukleare Abrüstung ist ein weiterer wichtiger Bereich, der im NATO-Kontext priorisiert werden muss; darauf wird in Kapitel 5 näher eingegangen.

3.2 Die Rolle der NATO in der Ausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In der Frage, ob die NATO als Forum für die Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik genutzt werden sollte, gingen die Meinungen der Befragten am stärksten auseinander.

Diejenigen, die dafür sind, die NATO zur Erweiterung und Entwicklung eines umfassenden Verständnisses sicherheitspolitischer Herausforderungen zu nutzen, betrachten diese Einflussmöglichkeit als ein Alleinstellungsmerkmal der grünen und progressiven Bewegung. Sie argumentieren, dass die Beeinflussung des Sicherheitsverständnisses der NATO unabdingbar sei, wenn die NATO als einer der wichtigsten Akteure der heutigen europäischen Sicherheit angesehen

werden soll. Dies erfordere eine Erweiterung des Geltungsbereichs der NATO, um Aspekte menschlicher Sicherheit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anzuwenden. Dies nicht zu tun, könnte als leichtsinnig angesehen werden. Daher solle man sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die NATO einen Rahmen für ein umfassendes Sicherheitskonzept schafft und umsetzt, welches robuste und menschliche Sicherheit umfasst. Diese Sichtweise betont, dass die EU und die NATO nicht als Konkurrenten, sondern als komplementäre Organisationen betrachtet werden sollten. Außerdem wird es positiv bewertet, dass die NATO begonnen hat, ihren strategischen Weitblick, ihre Analysekapazitäten und ihr Verständnis von Konfliktursachen zu erweitern.

Diejenigen, die dagegen sind, die NATO als Instrument zur Erweiterung des Sicherheitsbegriffs zu nutzen, sehen darin zwar ein wichtiges Instrument für die europäische Sicherheit, betonen aber, dass die NATO ein Militärbündnis sei und sich darauf konzentrieren solle. Einige Befragte haben deutlich gemacht, dass sie sich die NATO nicht als eine allumfassende Sicherheitsorganisation vorstellen können und dass der Schwerpunkt der NATO weiterhin im militärischen Bereich liegen solle. Ein weiteres Argument dagegen sei, dass die USA eine einflussreiche Rolle in der NATO einnehmen und dass die Militärpolitik der USA weit von den Positionen der europäischen Grünen entfernt sei. Sind grüne und progressive Parteien bereit für eine US-beeinflusste Ausweitung von Sicherheitsfragen? Hier mag eine gewisse Naivität vorherrschen. Andere Foren, wie die UNO und die EU, seien weitaus geeigneter, da sie mehr Länder umfassen und eine globale Perspektive auf die internationale Sicherheit zulassen, statt einer euro- oder US-zentrischen.

Die Diskussion über erweiterte Sicherheit und die Entwicklung eines umfassenden Verständnisses sicherheitspolitischer Fragen

wird unweigerlich ihren Weg in die NATO finden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die NATO am Ende das einzige Forum ist, in dem über Sicherheit diskutiert wird oder dass sie als Bühne für die Diskussion sicherheitspolitischer Themen ein zu großes politisches Gewicht erhält. Die NATO wurde nicht zu diesem Zweck gegründet und es weist daher in dieser Hinsicht verschiedene organisatorische und politische Hürden auf.³⁴ Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Klimakrise beispielsweise ausschließlich durch eine militärische Brille betrachtet würde, wenn die NATO die Führung übernehmen sollte. Auch wenn der Klimakollaps unweigerlich militärische Konflikte nach sich ziehen wird, bedarf es für eine angemessene Reaktion weit mehr als lediglich militärische Maßnahmen. Die einzige logistische Antwort der NATO bezieht das Militär mit ein, was die Allianz an sich schon ungeeignet für die Bewältigung umfassenderer Sicherheitsherausforderungen macht.³⁵

Die EU hat bereits ein breiteres Sicherheitsverständnis. Daher ist es aus politischer Sicht sinnvoller, die europäische Verteidigungsintegration zu fördern und zu priorisieren, als die NATO dafür zu nutzen. Die Sicherheitsstrategien der EU der letzten Jahrzehnte zeigen, dass sich die EU in eine Richtung bewegt, die mit den Werten der Grünen übereinstimmt – auch wenn der Weg noch weit ist.

4 Grüne nationale Verteidigungspolitik und Einflussnahme auf die NATO

Im Rahmen eines umfassenden grünen Sicherheitskonzepts und für die Glaubwürdigkeit politischer Führungskompetenz ist es wichtig, dass die Grünen politische Positionen zum nationalen Militär- und Verteidigungssektor entwickeln, die den heutigen Sicherheitsherausforderungen

gerecht werden. In diesem Kapitel werden die politischen Positionen zur Beschaffung von Verteidigungsgütern, zum militärischen Beschaffungswesen, zur Verteidigungszusammenarbeit der EU sowie zu den Bemühungen um eine Dekarbonisierung der Verteidigung beschrieben. Die Beeinflussung nationaler Verteidigungspositionen ist eine Möglichkeit, langfristig Einfluss auf die Politik der NATO zu nehmen.

4.1 Grüner Verteidigungshaushalt

Die Verteidigungsausgaben sind seit jeher ein Bereich, der von den grünen und progressiven Parteien in Europa entweder vernachlässigt oder nicht priorisiert wird. Mit der zunehmenden Präsenz dieser Ausgaben auf der politischen Agenda, ist ein Wandel zu beobachten, der sich jedoch nur langsam vollzieht. Lange Zeit war bei den Grünen eine passive oder desinteressierte Haltung gegenüber Verteidigungsfragen zu beobachten. Dieses Gebiet wurde anderen, traditionelleren Parteien in Regierungskoalitionen überlassen.

Einige der Befragten argumentieren, dass die Grünen bei der Ausarbeitung des Verteidigungsetats sehr engagiert sein sollten und fordern, dass die Grünen sich mit Nachdruck für eine effiziente und bedarfsorientierte Aufstellung des Verteidigungshaushalts einsetzen. Dies stünde im Gegensatz zum Zwei-Prozent-Ziel, das die NATO von all ihren Mitgliedern fordert. Der Forderung nachzukommen würde bedeuten, sich dem derzeitigen „mehr ist mehr“-Trend bei Militärausgaben, der in ganz Europa zu beobachten ist, zu widersetzen und dafür einzustehen, dieses Geld effizient auszugeben.³⁶ Denn mehr Geld auszugeben bedeutet nicht automatisch, dass die für den Verteidigungssektor festgelegten Gesamtziele erreicht werden.

Das innerhalb der NATO im Namen der Effizienz propagierte und geforderte

Zwei-Prozent-Ziel muss nicht als eine vollendete Tatsache betrachtet werden, die die Mitgliedstaaten blindlings akzeptieren sollten. Man kann argumentieren, dass eine bedarfsorientierte Militärausgabenpolitik besser mit einem grünen Sicherheitskonzept vereinbar ist. Eine solche Ausgabenpolitik würde sich darauf konzentrieren, notwendige Kompetenzen zu ermitteln und davon ausgehend Budgetpläne erstellen, anstatt sich an ein willkürliches Zwei-Prozent-Ziel zu halten, das je nach wirtschaftlicher Lage eines Landes schwankt.

Dies könnte in Verbindung mit einer verstärkten EU-Verteidigungszusammenarbeit zu einer effizienteren Haushaltsplanung führen, die umfangreiche Investitionen in andere gesellschaftliche Bereiche ermöglichen würde, die für die Sicherheit ebenso wichtig sind. Beispiele dafür sind Investitionen in die Energiewende, die uns von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wegführen soll, sowie in Sozialeleistungen und soziale Sicherheit mit dem Ziel, widerstandsfähige, demokratische Gesellschaften aufzubauen und zu erhalten. Ein solcher auf den Menschen ausgerichteter Sicherheitsansatz entspricht grünen Grundwerten weitaus mehr.

4.2 Dekarbonisierung des Verteidigungssektors

Ein weiterer interessanter Bereich für eine grüne Verteidigungspolitik ist die Dekarbonisierung der Verteidigungsindustrie. Diese Idee findet in Militärkreisen bereits eine gewisse Zustimmung und gewinnt zunehmend an Bekanntheit, auch wenn sie noch nicht etabliert ist.

■ Ein Beispiel hierfür ist die EU-NATO-Gruppe unter der Leitung Tom Middendorps, beauftragt und geleitet vom International Climate and Security Council.

Die Dekarbonisierung der Verteidigungsindustrie umfasst Prozesse der Reduzierung oder Eliminierung von Treibhausgasemissionen und anderen umweltschädlichen

Praktiken im Zusammenhang mit der Produktion, Wartung und Nutzung militärischer Ausrüstung und Anlagen. Dies beinhaltet auch die Umstellung des Verteidigungssektors auf nachhaltigere Verfahren, Technologien und Energiequellen.³⁷ Durch die Dekarbonisierung der Verteidigungsindustrie wollen Regierungen und Militärorganisationen den Klimawandel bekämpfen, ökologische Nachhaltigkeit fördern und gleichzeitig nationale Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft gewährleisten. Sie argumentieren, dass dieser Ansatz nicht nur dazu beiträgt, die Umweltauswirkungen militärischer Einsätze abzuschwächen, sondern auch die Entwicklung sauberer Technologien begünstigt, die über den Verteidigungssektor hinaus breitere Anwendung finden können.³⁸ Werden solche Technologien dazu genutzt, menschliche Sicherheit zu steigern und zu verbessern, können Verteidigungsinvestitionen besser begründet werden, da solche Technologien in weitaus mehr Sektoren Anwendung finden können. Gleichzeitig dürfen die Risiken von Greenwashing und falschen Lösungsansätzen nicht unterschätzt werden.

Militärische Operationen sind für die Umwelt verheerend. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Konzept des Ökozids innerhalb und außerhalb traditioneller Konflikte durchgesetzt. Ein aktuelles Beispiel sind die Kosten zu Lasten der Umwelt aufgrund des Ukrainekriegs. Lokale NGOs und internationale Organisationen beobachten Zerstörung und Verschmutzung, die für die folgenden Generationen Konsequenzen haben werden.³⁹ Es liegt auf der Hand, dass die Dekarbonisierung des Verteidigungssektors im Kriegsfall solche Schäden nur abschwächen, aber nicht vermeiden kann. Konfliktprävention bleibt daher die Priorität.

Hinsichtlich der Effizienz militärischer Ausgaben erfordert die Dekarbonisierung des Verteidigungssektors eine Reform der archaischen militärischen Strukturen

und Beschaffungsprozesse. Führen diese Investitionen zu Einsparungen, die Investitionspotenzial in anderen Bereichen freisetzt, könnte eine weitere Lücke zwischen dem pragmatischen und dem traditionalistischen Lager überbrückt werden.⁴⁰

4.3 EU-Verteidigungszusammenarbeit und militärisches Beschaffungswesen

In den grünen Parteien gibt es Stimmen, die eine bessere Zusammenarbeit und Integration im Verteidigungsbereich auf EU-Ebene als Chance betrachten. Sie sehen darin eine Möglichkeit, von nationalen und ineffizienten Ausgaben im militärisch-industriellen Komplex abzurücken und stattdessen stärker und effizienter in die Verteidigung unserer Gesellschaften zu investieren. Die Konkurrenz zwischen nationalen Verteidigungsindustrien zu schmälern könnte Waffenexportbestrebungen in Länder außerhalb der EU verringern. Schweden hat traditionell behauptet, dass der nationale Waffenexport durch die Neutralität des Landes gerechtfertigt sei. Dass Neutralität nicht länger ein zentraler Aspekt der politischen Haltung Schwedens ist, kann strategisch als Argument dienen, um darauf hinzuweisen, dass nun weniger Notwendigkeit für Rüstungsexporte in Länder wie Saudi-Arabien besteht. Dies entspricht eher einem umfassenden Verständnis davon, was Sicherheit bedeutet, für wen sie gedacht ist und wie sie auf nachhaltige Weise erreicht werden kann.

In der EU wird kontinuierlich darauf hingearbeitet, die Verteidigungszusammenarbeit zu stärken, obwohl dies nicht zu den Kernkompetenzen der Union gehört. Im Juli 2022 hat die Europäische Kommission (EK) einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) vorgelegt. Das Europäische Parlament hat den Vorschlag im September 2023

angenommen.⁴¹ Das Hauptziel dieser Verordnung besteht darin, die dringendsten und kritischsten Kapazitätslücken im Verteidigungssektor gezielt anzugehen und die EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Waffenbeschaffung anzuregen. Allerdings wurde EDIRPA von Anfang an für seine Rechtsgrundlagen, seinen Entstehungsprozess und seine Struktur stark kritisiert.⁴²

Es ist allseits bekannt, dass nationale Prozesse des militärischen Beschaffungswesens schwierig und kompliziert sind. Um ein echtes gemeinsames militärisches Beschaffungs- und Planungswesen zu schaffen, müssten die EU-Mitgliedstaaten ihre Fixierung auf ein Beschaffungswesen, das ausschließlich auf nationale Verteidigungssysteme ausgerichtet ist, aufgeben. Stattdessen sollten sie sich auf gesamt-europäische Initiativen zur Koordination der Verteidigungsfähigkeiten fokussieren.



5 Die NATO und nukleare Abrüstung

Ideologisch ist die Haltung der Grünen zu Atomwaffen völlig unvereinbar mit der nuklearen Abschreckungspolitik der NATO. Einige grüne Positionen können innerhalb der NATO vorangetrieben werden, wobei die NATO als führendes Forum für Abrüstungsbemühungen betrachtet werden sollte. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Reform der NATO-Nuklearpolitik, weltweiten Abrüstungsbemühungen und der Rolle der NATO in diesem Zusammenhang.

5.1 NATO-Mitgliedschaft und Abrüstungsbemühungen

Nukleare Abrüstung ist das Ziel, das das traditionalistische und das pragmatische Lager innerhalb der Grünen gemeinsam haben, unabhängig davon, ob ihre Länder NATO-Mitglieder sind oder nicht. Selbst für

diejenigen, die sich vehement für militärische Verteidigung einsetzen und eine vollständige einseitige Abrüstung ablehnen, bleibt nukleare Abrüstung ein Ziel. Widerstand gegen nukleare Abrüstung sowie gegen Verträge und Foren, die dieses Ziel verfolgen, stammt vor allem von Regierungen in Ländern mit Atomwaffen.

Für die meisten Grünen liegt der Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft in der Annahme begründet, dass die NATO-Mitgliedschaft jegliche sinnvollen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung verhindert. Das Wiederaufleben von Atomwaffen-Drohungen und Russlands Andeutungen, Nuklearwaffen gegen die Ukraine einzusetzen, haben viele Grüne und Progressive sowie andere Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum besorgt. Ihre vorgebrachten Lösungsansätze unterschieden sich jedoch deutlich.

Die drei NATO-Mitglieder Frankreich, Großbritannien und die USA verfügen über unabhängige Atomwaffenarsenale. Außerdem gibt es einige NATO-Staaten, auf deren Territorium im Rahmen der nukleare Teilhabe Atomwaffen gelagert werden.⁴³ Und es gab Länder, die nicht Teil der nuklearen Teilhabevereinbarung waren, auf deren Territorien aber trotzdem nukleare Atomsprengköpfe temporär oder dauerhaft gelagert wurden. Die Präsenz US-amerikanischer Atomwaffen auf niederländischem Territorium war ein großer Diskussionspunkt in den Niederlanden, genauso wie die Ratifizierung des AVV. Grüne und progressive Parteien sollten in der NATO darauf drängen, dem AVV beizutreten, angefangen bei der Beendigung der nuklearen Teilhabe und der Forderung nach einer „No First Use“-Strategie.

Der fortwährende Widerstand gegen Atomwaffen und das Befürworten einseitiger Abrüstungsbemühungen ist für grüne und progressive Stimmen innerhalb der NATO eine strategisch und ideologisch gute Position. Diese Position sollte es zum Ziel

Die Sicherheitsstrategien der EU der letzten Jahrzehnte zeigen, dass sich die EU in eine Richtung bewegt, die mit den Werten der Grünen übereinstimmt – auch wenn der Weg noch weit ist.

haben, dass die NATO eine Vorreiterrolle in der nuklearen Abrüstung einnimmt und das alle Mitglieder den AVV ratifizieren. Die NATO hat sich in dieser Angelegenheit bisher zurückhaltend gezeigt und neigt dazu, dem AVV einen schlechten Ruf zu bringen.⁴⁴ Das kann mit der Tatsache begründet werden, dass politisch einflussreiche Staaten auch diejenigen sind, die über unabhängige Atomwaffenarsenale verfügen.

Die immer feindseligere russische Regierung und die allgemein angespannte internationale Sicherheitslage – die Polarisierung zwischen Russland/China und der EU/den USA – machen die Befürwortung eines einseitigen Atomstopps schwierig. Aber auch wenn Russland in mancherlei Hinsicht schurkenhaft agiert, ist ein Dialog über nukleare Abrüstung zwischen der EU, der NATO, Russland und China notwendig. Sich diesem Dialog zu verschließen wäre eine gefährliche Entscheidung. Teil der Strategie muss es vielmehr sein, Vertrauen zwischen den Atomstaaten herzustellen und den Dialog zwischen Atommächten und Nicht-Atommächten zu fördern. Derzeit ist der AVV die einzige Plattform, um solche Angelegenheiten anzugehen und es zeichnet sich ab, dass die Beteiligung am Vertrag schwankend ist. NATO-Mitglieder können sich dieses Zögern nicht leisten. Es obliegt den grünen und progressiven Parteien, dafür einzutreten, dass die NATO ein Forum wird, in dem nukleare Abrüstung ein zentrales Thema ist.⁴⁵

**Auch wenn
Russland in
mancherlei
Hinsicht
schurkenhaft
agiert, ist ein
Dialog über
nukleare
Abrüstung
zwischen der
EU, der NATO,
Russland und
China notwendig.**

6 Grüne und institutionelle Einflussnahme

Einleitung

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind die meisten grünen und progressiven Parteien in Europa nicht in der Regierung, sondern in der Opposition. Das wiederum

bedeutet, dass den Grünen manchmal nur der Weg der Einflussnahme auf Institutionen außerhalb der Exekutive bleibt. Dieses Kapitel befasst sich mit der klassischen Diskussion darüber, ob Grüne die Politik besser aus der politischen Opposition heraus oder in einer Koalitionsregierung mit anderen Parteien beeinflussen können. Das Beispiel der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) wird als Beispiel angeführt, um zu zeigen, wie Grüne, die nicht in der Regierung sind, Einfluss nehmen können.

6.1 Koordinierung und Grüne in der Regierung

Die NATO ist ein Bündnis souveräner Staaten, das auf Regierungsebene und auf ministerieller Ebene zusammenkommt. Da Verteidigung und Sicherheit aus militärischer Sicht national gedacht werden, besteht der effizienteste Weg zur Einflussnahme auf die NATO darin, zunächst die nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsdebatten zu beeinflussen. Um das zu schaffen, muss das Hauptziel Regierungsbeteiligung sein. Das heißt, dass eine klare Militärpolitik festgelegt werden muss, die dann bei Koalitionsverhandlungen in die Diskussion eingebracht wird.

Grüne Parteien, die Teil von Koalitionsregierungen sind, sollten, wenn möglich, Kommunikationskanäle haben, die den Themen Verteidigung und Sicherheit gewidmet werden. Die Notwendigkeit einer stärkeren beziehungsweise besseren politischen Koordinierung in Fragen Sicherheit und Verteidigung ist eines der aufschlussreichsten Ergebnisse dieser Studie. Eine der interviewten Personen fragte sehr treffend, warum wir in der Politik seien, wenn wir an politischer Einflussnahme nicht interessiert seien. Um sich Gehör zu verschaffen, muss man also mit am Tisch sitzen.

Ein aktuelles Beispiel ist die laufende Koordinierung zwischen Grünen in Deutschland,

Luxemburg, den Niederlanden und Belgien. Sie unternehmen gemeinsame Bemühungen, um NATO-Mitgliedsstaaten als Beobachter bei hochrangigen Treffen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) einzusetzen. Dies wird weder von Frankreich noch den USA begrüßt, die beide keine Mitglieder des NVV sind und sich nur zurückhaltend an NVV-Foren beteiligen. Die anderen NATO-Mitglieder haben sich aufgrund der Präsenz grüner Parteien in Regierungskoalitionen strategisch dafür entschieden, sich an NVV-Foren zu beteiligen. Ihr Ziel ist es, die Dialogbereitschaft zu fördern und dem negativen Narrativ über den NVV, das innerhalb der NATO vorherrscht, entgegenzuwirken. Ohne Grüne in Regierungen und ohne Koordinierung wäre das nicht möglich beziehungsweise unwahrscheinlicher gewesen. Hauptziel Grüner und Progressiver, die in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv sind, sollte es sein, gleichgesinnte Länder innerhalb der NATO und gleichgesinnte Parteien innerhalb der Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten zu finden sowie strategische Positionen zu erarbeiten.

Ein historisches Beispiel für eine erfolgreiche grüne und progressive Position, die etwas verändert hat – oder zumindest politisch beeinflusst hat –, während die Grünen Teil der Regierung waren, ist die Position der belgischen Grünen zur Invasion im Irak im Jahr 2003. Im Rahmen von Diskussionen in der UNO über die US-Invasion im Irak waren Belgien, Frankreich und Deutschland die einzigen NATO-Mitglieder, die die US-Invasion offen kritisierten und die Aktivierung von Artikel 4, um den die Türkei bat, ablehnten.⁴⁶ In dieser Zeit war der Druck und die Lobbyarbeit der USA enorm hoch. Der konzertierte Widerstand Belgiens, Frankreichs und Deutschlands zeigt, dass die Vetofunktion der NATO nützlich ist, auch wenn Widerstand schwierig sein kann.⁴⁷ Das Argument der drei Staaten war, dass der Einsatz von NATO-Truppen im Irak die

Bemühungen um eine friedvolle Lösung der Irak-Krise untergraben würde. Eine Position, der offensichtlich ein breiteres, umfassenderes und globales Sicherheitskonzept zu Grunde lag.⁴⁸

Grüne und Progressive sollten sich stärker darauf konzentrieren, umfassende nationale Sicherheitsstrategien zu entwickeln, die die Klimakrise nicht außer Acht lassen. Dabei sollten sie Foren wie die UNO und die EU nutzen, um zusammenzuarbeiten und gemeinsame Ziele zu formulieren. Die COP28 war ein Weckruf dafür, dass jetzt erhebliche Verhandlungsanstrengungen erforderlich sind, um zu verhindern, dass die Öllobby die Bühne dominiert.

6.2 Die Parlamentarische Versammlung der NATO

Einige Personen, die für diese Studie befragt wurden, haben erwähnt, dass in der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) ganz klar progressive und grüne

■ Die NATO-PV besteht aus 274 parlamentarischen Delegierten aus den 31 NATO-Mitgliedsstaaten. Die Größe der Delegationen hängt von der Größe und der Zusammensetzung der nationalen Parlamente der jeweiligen Länder ab. Zusätzlich gibt es Delegierte aus Staaten mit Beobachterstatus beziehungsweise aus assoziierten Staaten, die über eingeschränkte Befugnisse verfügen.

Stimmen gebraucht werden. ■ Die NATO-PV hat nicht per se Einfluss auf die NATO oder Macht innerhalb des Bündnisses, aber sie ist ein Forum, in dem Themen wie nukleare

Abrüstung, Grenzsicherheit und Klimawandel auf die Agenda gesetzt werden können.⁴⁹ Aktionen und Initiativen innerhalb der NATO-PV können genutzt werden, um Einfluss auszuüben und Aufmerksamkeit auf Themen zu lenken, die sich später auf nationale Debatten auswirken werden.

Die aktuelle NATO-PV setzt sich hauptsächlich aus konservativen Kräften zusammen, weshalb es auch diese Parteien sind, die hier die politische Agenda vorgeben. Würden sich mehr Grüne und Progressive stärker in die NATO-PV einbringen, könnte die Agenda

leichter verändert und „von innen heraus“ Einfluss auf politische Narrative genommen werden.

Im Mai 2023 haben Mitglieder verschiedener grüner und progressiver Parteien aus Belgien, Deutschland und Island einen Änderungsantrag zur Erklärung der NATO-PV im Vorfeld des Vilnius Gipfel gestellt.⁵⁰ Der Änderungsantrag enthielt 20 Grundsatzpositionen, die die nationalen Regierungen dazu aufforderten, notwendige Schritte für internationale Sicherheit zu unternehmen. Sie forderten auch praktische Maßnahmen, die für die Stärkung der Rüstungskontrolle und die Förderung der nuklearen Abrüstung notwendig sind. Die Aussicht auf die Annahme dieses Änderungsantrags war sehr gering. Das eigentliche Ziel war es aber, den stark konservativen Konsens, der in der NATO vorherrscht, in Frage zu stellen. Ein Mitglied der NATO-PV beschrieb dies als eine subtilen, aber strategischen Weg, um die Abrüstungsagenda voranzubringen.



Endnoten

- 1 Green Foreign Policy Snapshots 2022, Heinrich Böll Stiftung
<https://gr.boell.org/en/2023/09/13/green-foreign-policy-snapshots>
- 2 Newell, P. (2019). Green Security (S. 49). In Global Green Politics. Cambridge: Cambridge University Press. doi:10.1017/9781108767224.003
- 3 Newell, Global Green Politics, S. 55.
- 4 Newell, Global Green Politics, S. 63.
- 5 Joost Lagendijk, 'Green Views on the European Security and Defence Policy,' 06.09.2006
<https://groenlinks.nl/nieuws/green-views-european-security-and-defence-policy>
- 6 Tamara van Ree, 'Dutch Green Party and R2P: Soul-Searching Over Military Intervention', *Green European Journal*, 01.03.2015
<https://www.greeneuropeanjournal.eu/dutch-green-party-and-r2p-soul-searching-over-military-intervention/>
- 7 Van Schaik, A., & Ramnath. Clingendael Policy Brief: A European Green Deal for militaries to strengthen Europe's Defence, S. 2.
<https://www.clingendael.org/sites/default/files/2022-04/PB%20A%20European%20Green%20Deal.pdf>
- 8 Taylor, V. (2004). From State Security to Human Security and Gender Justice. *Agenda: Empowering Women for Gender Equity*, 59, 65–70.
- 9 Hudson, N. F., Kreidenweis, A., & Carpenter, C. (2013). Human Security. In *Critical Approaches to Security* (S. 24–36). Routledge.
- 10 UNDP (1994). *New Dimensions of Human Security*.
- 11 NATO Member Countries, NATO Homepage, 17.10.2023.
- 12 'Two Finnish Green MEPs now open to Finland's membership in NATO', *Naton Aika*, 03.01.2022
<https://naton aika.fi/post/672369594775781376/finnish-green-meps-open-to-nato>
- 13 'Finnish Greens shift in favour of NATO', *Euractiv*, 05.01.2022
<https://www.euractiv.com/section/politics/short-news/finnish-greens-shift-in-favour-of-nato/>
- 14 <https://www.degrona.fi/de-gronas-politiska-program-2023-2027/>
- 15 <https://piratar.is/grunnstefna/kosningastefnuskra/>
- 16 'MP has its roots in the peace movement', SVT, 24.09.2014
<https://www.svt.se/opinion/kohandel-med-s-kanbli-mp-s-dod>
- 17 'Anders Schröder: It is green to join NATO', *Grön Opinion*, 25.04.2022
<https://gronopinion.com/2022/04/25/anders-schroder-det-ar-gront-att-vara-med-i-nato/>

- 18 'Feminist security policy can be Sweden's contribution to NATO', *Dagens Nyheter*, 08.03.2023 <https://www.dn.se/debatt/feministisk-sakerhetspolitik-kan-bli-sveriges-bidrag-till-nato/>
- 19 Motion 2022/23:2349 by Märta Stenevi (MP) https://www.riksdagen.se/sv/dokument-och-lagar/dokument/motion/med-anledning-av-prop-20222374-sveriges_ha022349/
- 20 https://www.mdg.no/fred_og_internasional_konfliktlosing
- 21 <https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrechte>
- 22 <https://sf.dk/det-vil-vi-udenrigspolitik-og-forsvar/>
- 23 Lindström, & Winnerstig. (2013). Ett nytt Danmark med sikte på Europa? (S. 35)
- 24 'Foreign policy: what Eva Joly has to say'; *L'Obs*, 17.04.2012 <https://www.nouvelobs.com/politique/election-presidentielle-2012/20120417.OBS6438/politique-etrangere-ce-qu-en-dit-eva-joly.html>
- 25 <https://www.eelv.fr/bien vivre/vers-un-monde-de-paix-et-de-justice-sociale-et-environnementale/pour-une-politique-de-resolution-des-conflits-par-la-diplomatie/>
- 26 Programme des Écologistes (2022) https://assets.nationbuilder.com/themes/6181b6eb4445ea720389b314/attachments/original/1648232746/programme_des_ecologistes.pdf
- 27 <https://www.eelv.fr/motion-g-europe-surete-defense-cf2022100102/>
- 28 <https://www.groen.be/internationaal>
- 29 'Discussie in federale regering over legerbudget: hoeveel geven andere NAVO-landen uit en wat beloven ze in de toekomst?', *VRT*, 19.05.2022 <https://www.vrt.be/vrtnws/nl/2022/05/19/defensie-uitgaven-navo-landen/>
- 30 <https://groenlinks.nl/standpunten/rechtvaardige-wereld/defensie>
- 31 <https://groenlinkspvd.nl/verkiezingsprogramma/een-sterk-europa-in-een-veilige-wereld/sterkere-defensie-voor-een-vreedzaam-europa/>
- 32 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_217320.htm
- 33 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_210549.htm
- 34 Joost Lagendijk, 'Green Views on the European Security and Defence Policy,' 06.09.2006 <https://groenlinks.nl/nieuws/green-views-european-security-and-defence-policy>
- 35 Noël Mamère et al, 'A Green New World – French, British and German Perspectives', *Green European Journal*, 01.03.2015 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/a-green-new-world-french-british-and-german-perspectives/>
- 36 Joost Lagendijk, 'Green Views on the European Security and Defence Policy,' 06.09.2006 <https://groenlinks.nl/nieuws/green-views-european-security-and-defence-policy>
- 37 Decarbonized Defence: The Need for Clean Military Power in the Age of Climate Change. International Military Council on Climate and Security.
- 38 Van Schaik, A., & Ramnath. Clingendael Policy Brief: A European Green Deal for militaries to strengthen Europe's Defence, S. 2. <https://www.clingendael.org/sites/default/files/2022-04/PB%20A%20European%20Green%20Deal.pdf>
- 39 Dmytro Averin et al, 'The Environmental Cost of the War in Ukraine', *Green European Journal*, 06.04.2022 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/the-environmental-cost-of-the-war-in-ukraine/>
- 40 <https://www.europarl.europa.eu/news/sv/press-room/20230911IPRO4908/meps-vote-to-strengthen-eu-defence-industry-through-common-procurement>
- 41 <https://www.europarl.europa.eu/news/sv/press-room/20230911IPRO4908/meps-vote-to-strengthen-eu-defence-industry-through-common-procurement>
- 42 <https://hannahneumann.eu/en/edirpa-no-game-changer/>
- 43 <https://www.cfr.org/in-brief/nuclear-weapons-europe-mapping-us-and-russian-deployments>
- 44 Jurgensen & Mongin (2020). France and Nuclear Deterrence: A Spirit of Resistance.
- 45 Tarja Cronberg, 'Why Does the EU Stay Silent on Nuclear Disarmament?', *Green European Journal*, 01.03.2015 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/why-does-the-eu-stay-silent-on-nuclear-disarmament/>
- 46 'Veto deepens NATO rift over Iraq', *The Guardian*, 10.02.2003 <https://www.theguardian.com/world/2003/feb/10/iraq.france>
- 47 Johanna Schneeeggass, 'Between Pacifism and Human Rights – the Alliance '90/The Greens and the Balkan Conflict', *Green European Journal*, 01.03.2015 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/between-pacifism-and-human-rights-the-alliance-90the-greens-and-the-balkan-conflict/>
- 48 Noël Mamère et al, 'A Green New World – French, British and German Perspectives', *Green European Journal*, 01.03.2015 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/a-green-new-world-french-british-and-german-perspectives/>
- 49 <https://www.nato-pa.int/content/how-we-work>
- 50 <https://www.nato-pa.int/content/recommendations-2023-vilnius-summit>

Politische Schluss- folgerungen

Wege der Einflussnahme

Fazit von
Sarah Bitamazire

Grüne Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann mitunter fragmentiert wirken und es kann eine Herausforderung sein, in diesem Bereich klare politische Leitlinien zu definieren, die als „grün“ bezeichnet werden können.¹ Im Gegensatz dazu zeigen die Interviews und die Sekundärforschung ein weitaus einheitlicheres Bild als erwartet: Die Grünen in ganz Europa formulieren ähnliche politische Ziele, verfügen jedoch in unterschiedlichem Maße über Ressourcen und politischen Einfluss, um auf diese Ziele hinarbeiten. In diesem Kapitel werden die politischen Vorschläge hervorgehoben, die in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage als am relevantesten angesehen werden, um Einfluss auf die NATO und Sicherheitspolitik im Allgemeinen zu nehmen.

Ein Warnhinweis

Das Fazit dieser Studie und der zahlreichen Interviews ist eindeutig: Grüne und progressive Akteure sollten danach streben, von innen heraus Einfluss auf die NATO zu nehmen – unabhängig von ihrer grundlegenden Haltung zur NATO-Mitgliedschaft. Drängende Themen wie nukleare Abrüstung, die Notwendigkeit eines umfassenden Sicherheits- und Verteidigungskonzepts und dessen Umsetzung, friedvolle Konfliktbewältigung und die Reduktion militärischer Emissionen sind ideale Themen für Lobbyarbeit. Gleichzeitig warnen wir davor, das NATO-Mandat zu sehr auszuweiten. Den Aufgabenbereich der NATO auf klimatische und demokratische Fragen auszudehnen, könnte jene ansprechen, die Sicherheit breiter definieren

als eine rein militärische Angelegenheit. Allerdings birgt dies erhebliche Risiken und könnte grünen und progressiven Zielen letztlich schaden.

Die politische Bereitschaft, Einfluss auf die NATO zu nehmen, ist zwar lobenswert, doch die Ausweitung der Aufgaben des Bündnisses birgt die Gefahr, dass vielseitige Herausforderungen wie die Klimapolitik zunehmend durch militärische Lösungen angegangen werden. Anstatt NATO-Mitglieder zu animieren, proaktiv gegen die Klimakrise vorzugehen, besteht das Risiko einer Militarisierung der Klimapolitik. Die Klimakrise hat zweifellos Auswirkungen auf Sicherheits- und Militäroperationen, die wiederum erhebliche Emissionen verursachen.

Aber es gibt gute Gründe dafür, die Rolle der NATO in der Klimapolitik zu begrenzen.

Darüber hinaus darf das Demokratiedefizit der NATO nicht ignoriert werden. Eingeschränkte Kontrolle durch Öffentlichkeit und Medien ist kein idealer Umstand für Klimainitiativen. Außerdem ist da noch die Dominanz der USA innerhalb der NATO. Grüne und Progressive sollten die Auswirkungen einer US-geführten Entwicklung der Sicherheitspolitik kritisch hinterfragen – insbesondere im Hinblick auf eine weitere mögliche Trump-ähnliche Regierung.

Die NATO und ein umfassendes Sicherheitsverständnis

Aus den bereits dargelegten Gründen ist es ratsam, die Politikentwicklung innerhalb der NATO mit Vorsicht anzugehen. Grüne Parteien sollten die potenziellen Risiken einer intensiveren EU-NATO-Zusammenarbeit ernst nehmen, insbesondere wenn es um eine Ausweitung der Zuständigkeiten der NATO geht. Denn dies könnte zu einer verstärkten Militarisierung innerhalb der EU führen, die sich auch auf andere Politikbereiche ausdehnen könnte. Angemessenere Foren für die Politikentwicklung in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung könnten die EU und die UNO sein oder ad hoc multilaterale Zusammenarbeit mit anderen gleichgesinnten Staaten.

Aber es gibt auch Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU weiter vertieft werden sollte, beispielsweise Cyber Intelligence und der Schutz kritischer Infrastrukturen. Die Gefahrenlage in diesen Bereichen ist vielschichtig und entwickelt sich schnell, was bedeutet, dass jeder Akteur eine Aufgabe in der Absicherung komplementärer Kompetenzen hat. Auch der Bereich der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit sollte priorisiert werden.

Grüner Verteidigungshaushalt und EU-Verteidigungszusammenarbeit

Den Militärhaushalt als Teil eines breiteren, umfassenderen Sicherheitsrahmens zu betrachten, ermöglicht eine fundierte Planung militärischer Bereitschaft, ohne dabei bei ebenso wichtigen Haushaltsbereichen wie der Sozialhilfe und der nachhaltigen Entwicklung Kompromisse einzugehen. Politische Standpunkte, die die Grünen in die nationale Sicherheitspolitik einbringen können, sind die Forderung nach Emissionsberichten des Militärs, die Erhöhung staatlicher Investitionen in grüne Verteidigungstechnologien und die Festlegung der Dekarbonisierung des Militärs als eines der nationalen Klimaziele.

Eine intensivere EU-Verteidigungszusammenarbeit könnte zwar gezieltere Ausgaben ermöglichen und theoretisch auch eine starke Position der EU innerhalb der NATO begünstigen, würde aber auch den Verzicht auf ein gewisses Maß nationaler Souveränität und die Anpassung der Gründungsverträge bedeuten. Ein solch grundlegender Wandel führt möglicherweise nicht zu den von Grünen und Progressiven gewünschten Änderungen und könnte zu einer übermäßig militarisierten Fokussierung auf Sicherheit führen.

Nukleare Abrüstung

Die nukleare Abrüstung ist ein Bereich, in dem die Grünen sehr glaubwürdig auftreten. Die NATO sollte ein zentrales Forum für die Diskussion von Fragen rund um die nukleare Abrüstung sein. Die Grünen können damit beginnen, auf die Einhaltung interner Bestimmungen zu bestehen und darauf hinzuwirken, dass alle NATO-Mitgliedsstaaten den NVV und AVV ratifizieren. Darüber hinaus sollten innerhalb der NATO Berichterstattung und die Einhaltung von Bestimmungen

konsequent eingefordert werden. Für die Grünen sollte die Förderung des Dialogs zwischen NATO-Staaten mit eigenen Atomwaffenarsenalen und NATO-Staaten, die über keine eigenen Atomwaffenarsenale verfügen, eine Priorität sein, da dieser Dialog den Druck auf die Einhaltung bestehender Bestimmungen nachhaltig erhöhen kann. Weitere politische Forderungen wären die Abschaffung (oder Anpassung) der nuklearen Teilhabe, die Verabschiedung einer „No First Use“-Strategie innerhalb der NATO und das Verbot des Einsatzes von Atomwaffenarsenalen bei NATO-Übungen. Europa zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen, sollte eine Vision sein, die von den Grünen unterstützt wird.

Institutioneller Einfluss

Die NATO ist ein Bündnis souveräner Staaten, das auf Regierungsebene und auf ministerieller Ebene zusammenkommt. Aufgrund der nationalen Dimension von Verteidigung und Sicherheit aus militärischer Sicht ist der effizienteste Weg zur Beeinflussung der NATO, zunächst die nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsdebatten zu beeinflussen. Hauptziel Grüner und Progressiver, die in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aktiv sind, sollte es sein, gleichgesinnte Länder innerhalb der NATO und gleichgesinnte Parteien innerhalb der Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten

zu finden sowie strategische Positionen zu erarbeiten.

Grüne in der Opposition und vor allem auch in der Regierung sollten die Entwicklung der Verteidigungs- und Militärpolitik keinesfalls den anderen Parteien überlassen. Grüne Parteien sollten anstreben, Regierungskoalitionen beizutreten und grüne Positionen zur Verteidigungs- und Militärpolitik aktiv in die Verhandlungen einbringen.

Zur Zeit der Erstellung dieses Berichts sind die meisten grünen und progressiven Parteien in Europa nicht in der Regierung, sondern in der Opposition. Das wiederum bedeutet, dass den Grünen manchmal nur der Weg der Einflussnahme auf Institutionen außerhalb der Exekutive bleibt. Daher ist es notwendig, den Fokus auf Bereiche zu legen, in denen eine effektive Einflussnahme möglich ist. Eine stärkere Präsenz der Grünen in der NATO-PV ist wichtig und die Schaffung einer grünen/progressiven Gruppe innerhalb der NATO-PV ist ein guter Anfang. Strategisch und gemeinsam genutzt, kann die NATO-PV ein wichtiges Instrument für die Grünen sein – insbesondere in der Opposition. Die NATO-PV bleibt jedoch ein Forum mit begrenzter Entscheidungsmacht und dient daher eher als Teil einer langfristigen Strategie, statt ein effektives Instrument für unmittelbare politische Einflussnahme zu sein.



Endnoten

1 Vgl. auch die jüngsten Bemühungen der Heinrich-Böll-Stiftung um eine grüne Außenpolitik-Doktrin: <https://gr.boell.org/en/2023/09/13/green-foreign-policy-snapshots>

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AVV: Atomwaffenverbotsvertrag

BIP: Bruttoinlandsprodukt

EDIRPA: Verordnung für ein Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung

EELV: Europe Écologie Les Verts

EK: Europäische Kommission

EU: Europäische Union

GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GEF: Green European Foundation

MDG: Miljøpartiet De Grønne

NATO: Nordatlantische Vertragsorganisation (North Atlantic Treaty Organization)

NATO-PV: Parlamentarische Versammlung der NATO

NVV: Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag

OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

SF: Socialistisk folkeparti

Interviewfragen

Im Rahmen dieser Kartierung wurden Interviews mit Personen aus den zehn untersuchten Ländern geführt, um konkrete Beispiele und Erfahrungen von Grünen und Progressiven in ganz Europa zusammenzutragen.

Parteispezifisch:

- Hat Ihre Partei eine konkrete politische Position in Bezug auf die NATO?
- Inwieweit ist die NATO ein Forum, das Ihre Partei beeinflussen und/oder an dem sie teilnehmen möchte?
- Wenn ja, welche Strategie und welches Hauptziel verfolgen Sie mit ihrer Positionierung?

Allgemein:

- Ist es möglich, ein Militärbündnis aus einer gewaltfreien Position heraus zu beeinflussen?
- Ist es möglich, der NATO gegenüber positiv eingestellt zu sein/nicht gegen die NATO zu sein und gleichzeitig eine feministische Außenpolitik zu fordern? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum?
- Wenn Sie eine Verbindung zwischen der EU und der NATO sehen, wie würden Sie diese beschreiben? Welche Möglichkeiten sehen Sie? Welche Gefahren sehen Sie?
- Können grüne und andere progressive Parteien und Bewegungen eine Rolle bei der Gestaltung und Erweiterung des Sicherheitskonzepts und der Sicherheitsdefinition im Rahmen der NATO spielen?

Liste der interviewten Parteien

Land	NATO Mitglied?	Partei	Opposition oder Regierung (Stand Nov. 2023)	Haltung der zur NATO-Mitgliedschaft (Stand Nov. 2023)
Finnland	Ja, seit April 2023	Vihreät	Opposition	Für NATO-Mitgliedschaft
Schweden	Ja, seit März 2024	Miljöpartiet de gröna	Opposition	Gegen NATO-Mitgliedschaft
Norwegen	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Miljøpartiet De Grønne	Opposition	Für NATO-Mitgliedschaft
Island	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Píratar	Opposition	Für NATO-Mitgliedschaft
Deutschland	Ja, Gründungsmitglied, 1955.	Bündnis 90/Die Grünen	Regierungskoalition	Für NATO-Mitgliedschaft
Luxemburg	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Déi Gréng.	Regierungskoalition	Für NATO-Mitgliedschaft
Frankreich	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Écologie Les Verts, Les Écologistes	Opposition	Gegen NATO-Mitgliedschaft
Belgien	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Groen	Regierungskoalition	Für NATO-Mitgliedschaft
	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Écolo	Regierungskoalition	Für NATO-Mitgliedschaft
Dänemark	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	Socialistisk folkeparti	Opposition	Für NATO-Mitgliedschaft
Niederlande	Ja, Gründungsmitglied, 1949.	GroenLinks	Opposition	Für NATO-Mitgliedschaft

Die NATO lenken

Grüne und progressive Parteien in ganz Europa haben traditionell eine skeptische Haltung gegenüber der Militärindustrie und Verteidigungsbündnissen wie der NATO eingenommen. Gleichzeitig hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bestehende Sicherheitsschwächen deutlich gemacht und die öffentliche und politische Debatte tiefgreifend verändert. Vor diesem Hintergrund mag es in der grünen Bewegung unterschiedliche Haltungen zur NATO geben. In der politischen Realität sieht sie sich allerdings mit der Frage konfrontiert, wie, und nicht ob, sie sich in die NATO einbringt. Dieser Bericht stützt sich auf Sekundärforschung und Interviews mit Fachpersonen aus zehn verschiedenen Ländern und untersucht verschiedenen Möglichkeiten grüner und progressiver Einflussnahme auf die NATO sowie die damit verbundenen Risiken und Chancen.

Kontakt:



GREEN EUROPEAN FOUNDATION

Green European Foundation

Rue du Kiem – 8030 Luxemburg
Büro in Brüssel: Mundo Madou
Avenue des Arts 7-8
1210 Brüssel, Belgien
+32 2 329 00 50
info@gef.eu

WEBSITE: www.gef.eu
X (TWITTER): @GEF_Europe
FACEBOOK: GreenEuropeanFoundation
INSTAGRAM: @GEF_Europe
LINKEDIN: Green European Foundation

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8,
10117 Berlin-Germany
+49 (0)30 285 34 0
info@boell.de

WEBSITE: www.boell.de
X (TWITTER): @boell_stiftung
FACEBOOK: boellstiftung
INSTAGRAM: @boellstiftung
LINKEDIN: boellstiftung